

Einblicke

Wissenschaft und Forschung an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg



● Lebensvielfalt in tropischen Pflanzengewässern ● Arbeiter und Angestellte: Geschichte einer Diskriminierung ● Urbanität heute ● Nationalsozialistische

Nr. 16

Zwangssterilisation in Moordorf/Ostfriesland ● Der Spielfilm „Die besten Jahre“. Ein Stück Geschichtsbild der frühen DDR DM 3,-



SO SCHMECKT UNS DER NORDEN!

Aromatisch nussiger BURLANDER – eine der vielen
köstlichen Käsespezialitäten von OLDENBURGER.

Mit jedem Bissen schmecken

Sie die klare Reinheit

unverfälschter Natur.



mzo Molkereizentrale Oldenburg-Osnabrück-Ostfriesland eG
Postf. 37 80 · 2900 Oldenburg · Tel.: (04 41) 93 06-0 · Fax: (04 41) 93 06-1 26

Einblicke Nr. 16

Forschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Inhalt

- | | |
|---|----|
| Wolfgang Janetzky, Thomas Deppe, Ekkehard Vareschi
„Wasserthiere in den Wipfeln von Bäumen“
Lebensvielfalt in tropischen Pflanzengewässern | 4 |
| Thomas Blanke
Arbeiter und Angestellte:
Zur Geschichte einer Diskriminierung | 10 |
| Walter Siebel
Urbanität heute: Offen sein
für Differenz und Widerspruch | 16 |
| Andreas Wojak
„Den Sippen den Lebensfaden abschneiden“
Nationalsozialistische Zwangssterilisation in Moordorf/Ostfriesland | 23 |
| Gebhard Moldenhauer, Hans-Joachim Fischer,
Holger Neumann, Helmut Freiwald
„So kann man mit Menschen doch nicht umgehen!“
Der Spielfilm „Die besten Jahre“ | 28 |

TITELBILD: Baumfarn - ein Beispiel der einzigartigen Vielfalt
der tropischen Regenwaldflora. Einen Bericht über die Symbiose
von tropischer Flora und Fauna lesen Sie auf Seite 4.

„Wassertiere in den Wipfeln von Bäumen“

Lebensvielfalt in tropischen Pflanzengewässern

von Wolfgang Janetzky, Thomas Deppe und Ekkehard Vareschi

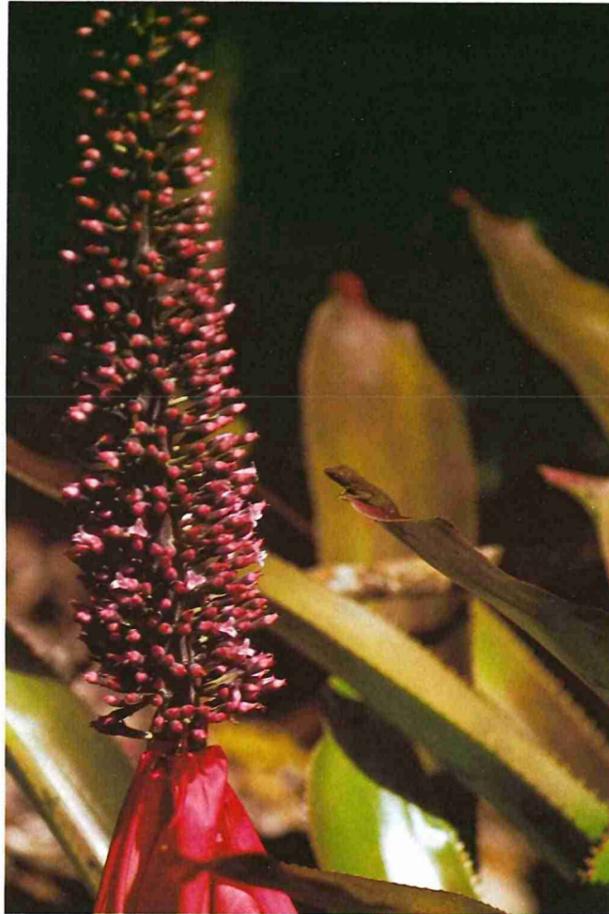


Abb. 1: Ein kleiner Anolis auf einer Aechmea paniculigera



Abb. 2: Typische Vegetation im Untersuchungsgebiet

In den Tropen, vor allem in den tropischen Regenwäldern, ist während eines kontinuierlichen Evolutionszeitraumes von 50 bis über 100 Millionen Jahren eine einzigartige Vielfalt an Lebensformen entstanden. So wurden in Südamerika bisher 1912 verschiedene Tagsschmetterlinge nachgewiesen, in Europa dagegen nur 241 Arten. In einem „mäßig artenreichen“ Regenwald Ecuadors wurden auf einer Fläche von 0,1 ha 365 Gefäßpflanzenarten ermittelt, dies entspricht 14 % aller in der Bundesrepublik vorkommenden Gefäßpflanzen.

Daß die tropischen Regenwälder mit ständig zunehmender Geschwindigkeit vernichtet werden, ist heute allgemein bekannt. Diese Vernichtung ist zum einen auf „äußere“ Faktoren zurückzuführen, die sich unter dem Stichwort „Schuldenkrise“ zusammenfassen lassen: Der Zwang, Devisen durch Export von

Holz und Agarprodukten zu erwirtschaften, führt zum Abholzen der Wälder und zur Bewirtschaftung dieser für die landwirt-

Abstract

Bromeliads, especially tank-bromeliads, provide an efficient mechanism to impound rainwater in their leaf of axils (Phytotelmata). In karst areas like the Cockpit Country, Jamaica, phytotelmata are the only permanent water bodies and they are used as resources as well as habitats. A first study (August-October 1991) has shown, that these aquatic microcosms are suitable models to test several ecological principles (e.g. island biogeography, dispersion, diversity, top-down versus bottom-up regulation).

schaftliche Nutzung an sich ungeeigneten Flächen. „Innere“ Faktoren der Tropenwaldvernichtung liegen in den Tropenlän-

dern selbst begründet und lassen sich u.a. auf das Bevölkerungswachstum zurückführen.

Für die letzten noch intakten Regionen kann nur gelten, zu retten, was noch zu retten ist. Die Notwendigkeit tropenökologischer Grundlagenforschung ergibt sich aus der Tatsache, daß nur politische Schutzentscheidungen auf der Basis wissenschaftlich fundierten Naturschutzes wenigstens einen Teil der noch vorhandenen Flächen vor der Vernichtung bewahren kann. Gleichzeitig können Ergebnisse, die das Verständnis tropischer Lebensgemeinschaften fördern, auch Hinweise über angepaßte Nutzungsformen geben.

Das auffallendste Merkmal tropischer Lebensgemeinschaften ist ihre unüberschaubare Artenfülle, und im Mittelpunkt tropenökologischer Forschung steht die Frage nach den Ursachen dieser Vielfalt. Ein wesentlicher Punkt dieser Diskussion ist die Frage, ob deterministische, d.h. gesetzmäßig ablaufende Prozesse (z.B. Konkurrenz um Ressourcen) oder stochastische, also zufallsabhängige Prozesse (z.B. Störungen wie das Umstürzen eines Baumes) die Strukturierung tropischer Lebensgemeinschaften bestimmen. Deterministische Prozesse führen bei ähnlichen Umweltbedingungen und Entwicklungszeiten zu relativ gleichen, stochastische Prozesse zu relativ unterschiedlichen Artenstrukturen. Daher kann ein Vergleich von Lebensgemeinschaften ähnlicher Habitate erste Hinweise auf die Mechanismen ihrer Strukturierung liefern. Diese rein beschreibenden Untersuchungen müssen durch Experimente ergänzt werden, in denen Störungen künstlich erzeugt werden, um den Einfluß von stochastischen Faktoren zu untersuchen.

Untersuchungen dieser Art stehen vor grundsätzlichen Schwierigkeiten: Zum einen ist es fast unmöglich, die Vielfalt eines tropischen Waldstückes auch nur annähernd zu erfassen, um zu statistisch abgesicherten Ergebnissen zu kommen; zum anderen verbietet ethische Überlegungen experimentelle Manipulationen. Als möglicher Ausweg aus diesem Dilem-

ma bietet sich die modellhafte Untersuchung von kleinen, eindeutig begrenzten und leicht manipulierbaren Systemen anfalls es solche gibt. Die Regenwasseransammlungen in Blattachseln von Bromelien sind sehr häufige, inselartige aquatische Mikrohabitate lateinamerikanischer Wälder. Sie schienen die genannten Voraussetzungen in idealer Weise zu erfüllen. Die Pilotstudie sollte klären, ob die Überlegungen richtig sind.

Der erste Hinweis auf die Besiedlung von Pflanzengewässern (Phytotelmen) durch aquatische Organismen stammt von Fritz Müller, dessen Arbeit aus dem Jahr 1879 der Titel unseres Aufsatzes entnommen ist. Bromelien bilden durch ihren rosettenförmigen Aufbau mit sich überlappenden Blättern in ihren Blattachseln einen Hohlraum, in dem Regenwasser gespeichert wird (Abb. 5).

Diese Phytotelmen werden von einer Vielfalt von z.T. speziell an diesen Lebensraum angepaßten Organismen besiedelt, die untereinander und mit der „Wirtspflanze“ in vielfacher Wechselbeziehung stehen.

Cockpit Country auf Jamaika

Jamaika, mit einer Fläche von 10.991 Quadratkilometern die drittgrößte Insel der Karibik, zählt neben Cuba, Hispaniola und Puerto Rico zu den Großen Antillen. Im Nordwesten der Insel erstreckt sich das 'Cockpit Country', eine für die Karibik und Teile Zentralamerikas typische Karstlandschaft. Ursprünglich ein einheitliches Plateau, erodierte das Kalkgestein unter dem Einfluß von Regenfällen, verbunden mit unterirdischer Drainage, zu einer Landschaft aus felsigen, mehr oder weniger konischen Hügeln, die durch unzählige Vertiefungen ('cockpits') voneinander getrennt sind.

Das Cockpit Country ist von subtropischem Feuchtwald bedeckt, der an die besonderen Verhältnisse des Cockpit angepaßt



Abb. 3: Larvalentwicklung im Regenwasser einer Schnecken schale



Abb. 4: *Aechmea paniculigera* (S.W.) GRISEBACH

ist (geringe Humusaufgabe, durchschnittlicher Niederschlag 1100-3300 mm). Der Feuchtwald ist besonders reich an Bromelien, hauptsächlich die beiden Arten *Hohenbergia sp.* und *Aechmea paniculigera* (S.W.) GRISEBACH, die auf den Ästen von Bäumen, aber auch auf dem Boden wachsen (Abb. 4).

Das Leben in Blattachsen von Bromelien

Im Cockpit Country sind große terrestrische Bromelien ein typisches, z.T. bestandsbildendes Element der Vegetation. Während im größeren Maßstab, z.B. beim Vergleich von Bromelien-Populationen verschiedener Hügel, die Umweltbedingungen einformig erscheinen, werden bei kleinräumiger Betrachtung Unterschiede sichtbar, da Bromelien verschiedener Standorte unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Bromelien unter einem dichten Blätterdach akkumulieren große Mengen absterbenden Laubes in ihren Blattachsen, so daß der Wasserkörper kaum noch sichtbar, im Extremfall sogar völlig bedeckt ist. Auf diese Weise bildet sich in den Phytotelmen neben einem „Pelagial“ (Wasserkörper) auch ein „Benthal“ aus sich zersetzendem Material (Detritus).

Im Gegensatz dazu enthalten die Phytotelmen freistehender Pflanzen weniger Fallaub. Da freistehende Phytotelmen auch einer erhöhten Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind, werden diese

Kleinstgewässer von Algen besiedelt, die den Sauerstoffhaushalt ihres Habitates prägen: Im Tagesverlauf kommt es zu einem Anstieg der Sauerstoffkonzentration und sogar zur Ausprägung einer vertikalen Sauerstoffschichtung (Abb. 6, oben). Im Gegensatz dazu sind tageszeitliche Veränderungen des Sauerstoffgehaltes in beschatteten Phytotelmen (Fehlen von Algen) vernachlässigbar gering (Abb. 6, unten; die Zunahme der Sauerstoffsättigung in 8 cm Tiefe ist wahrscheinlich auf einen Meßfehler zurückzuführen).

Das Vorkommen und die Menge von Fallaub und Algen können zu unterschiedlichen Lebensgemeinschaften und unterschiedlichen trophischen Beziehungen in Phytotelmen führen. In Phytotelmen mit Fallaub basieren die Nahrungsnetze auf der Ausnutzung allochthoner, d.h. von außen eingetragener Ressourcen. Bakterien, deren Wachstum durch sich zersetzendes Fallaub gefördert wird, werden von Einzellern, kleinen Mehrzellern (Rotatorien) oder Mückenlarven aufgenommen, die wiederum von Libellenlarven erbeutet werden. In sonnenexponierten Phytotelmen können sich Nahrungsnetze ausbilden, die auf autochthoner Primärproduktion (Algenwachstum) beruhen. Diese Algen werden u.a. von Zuckmückenlarven aus dem Wasser filtriert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Nährstoffgehalt von Phytotelmen. Phosphat, ein wesentlicher Pflanzennährstoff, wurde im Rahmen unserer Studie zum ersten Mal gemessen. Die Meßwerte lagen in der Regel zwischen 78 und 200 µg, also im Bereich oligotropher (nährstoffarmer) Seen. Im Vergleich dazu haben Regenwasser und „Stammabfluß“ wesentlich geringere Phosphatgehalte (0,0-2,5 bzw. 0,15-0,78 µg/l). Da Phosphat sowohl von den Bromelien als auch von den Lebensgemeinschaften in ihren Phytotelmen benötigt wird, ist Konkurrenz um diesen Nährstoff denkbar. Andererseits könnte die Aktivität der Lebensgemeinschaft die Freisetzung von Nährstoffen aus vorhandenem Fallaub fördern, von der dann auch die Bromelie profitieren kann.

Beim Abbau von Fallaub spielen Bakterien eine wesentliche Rolle. Die in Phytotelmen gemessenen Bakteriendichten waren aber erstaunlicherweise vergleichsweise gering und sehr variabel (250 - 60.000 Bakterien/ml). Vorhandene Bakteriendichten und die Menge des zu zersetzenden Materials waren wider Erwarten nicht miteinander korreliert. Unsere Ergebnisse korrespondieren mit den Messungen geringer Bakteriendichten in tropischen Schwarzwasserflüssen, deren Nahrungsnetze eben-



Abb. 5: *Aechmea paniculigera*. Die vorderen Blätter sind entfernt, um die Wasserkörper sichtbar zu machen



**BREMER
LANDESBANK**

„Für meine
'windigen'
Geschäfte ist
eine starke
und flexible
Bank einfach
ideal.“

Dipl.-Ing. Benjamin Jargstorf ist geschäftsführender Gesellschafter der Firma Tandem GmbH. Tandem plant und betreibt Projekte im Energie- und Umweltbereich, insbesondere Windkraftanlagen und Blockheizkraftwerke.

Seine Bank: Wir, die Bremer Landesbank.

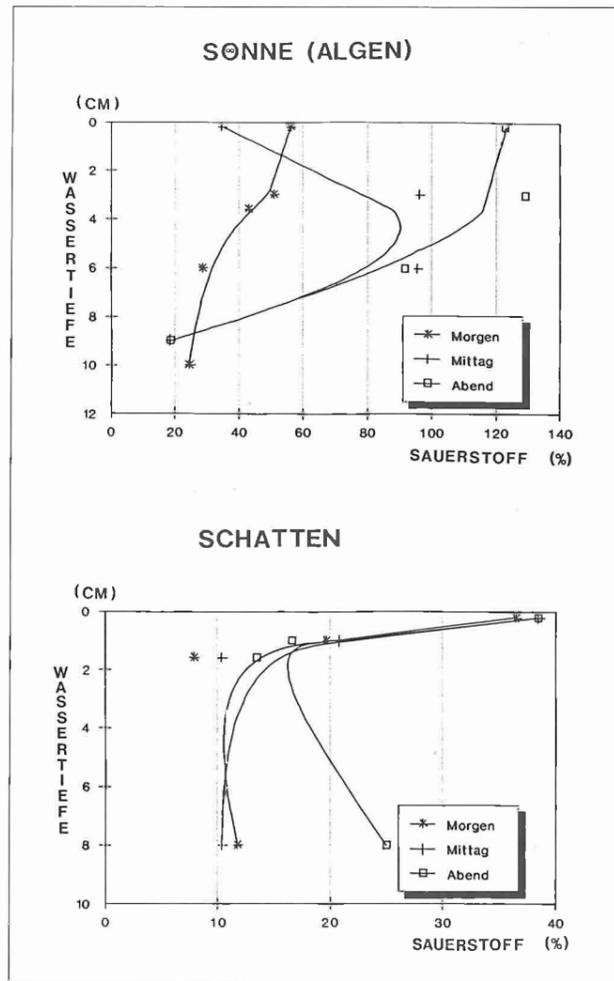


Abb. 6: Veränderungen der Sauerstoffkonzentration in sonnenexponierten (oben) und in beschatteten Phytotelmen (unten) in verschiedenen Wassertiefen während des Tages

falls auf allochthoner Zufuhr von Nährstoffen beruhen. Die geringen Bakteriendichten sind wahrscheinlich in beiden Fällen auf den sauren Charakter des Wassers zurückzuführen (pH-Werte in Phytotelmen oftmals unter 4, in Schwarzwasserflüssen 3,8 bis 4,9).

Frösche als Kriebstransporter?

Die Fauna in Phytotelmen ist in Anbetracht der geringen Größe dieses Habitates (Wasservolumen durchschnittlich 500 ml) relativ artenreich. Einzeller (Protozoa), deren Bestimmung gerade bei Felduntersuchungen kaum zu leisten ist, gehören neben Rädertierchen (Rotatorien) zu den häufigsten Organismen. Rotatorien sind für kleinste, zum Teil nur kurzfristig bestehende Wasseransammlungen typisch, und bei unserer Untersuchungen fanden wir neunzehn verschiedene Arten (Bestimmung durch Dr. W. Koste), alle zum ersten Mal in Jamaika und in Phytotelmen überhaupt. Auch Crustaceen (Krebstiere) sind typische Bewohner von Phytotelmen, vor allem Copepoden (Ruderfußkrebse) und Ostracoden (Muschelkrebse). Aber auch

Cladoceren (Blattfußkrebse) wurden während dieser Studie zum ersten Mal in Phytotelmen nachgewiesen. Wie diese aquatischen Arten in die Phytotelmen gelangen, ist kaum bekannt. Möglicher Verbreitungsmechanismus ist der Transport durch Schnecken, die nachts die Phytotelmen zur Wasseraufnahme aufsuchen, oder durch Frösche und Krabben, die in den Phytotelmen brüten. So ist es durchaus möglich, Frösche zu fangen, an deren Körper sich Ostracoden festgeklammert haben. Eine Besonderheit ist die Krabbe *Metopaulius depressus*, die sich vollständig von ihrem marinen Ursprung gelöst hat und in Jamaika ihren gesamten Entwicklungszyklus in Phytotelmen durchläuft.

Von allen in Phytotelmen zu findenden Tierarten scheinen die Insekten besonders erfolgreich bei der Besiedlung und dauerhaften Nutzung dieses Miniaturökosystems zu sein. In den meisten der von uns untersuchten Phytotelmen fanden wir Zuckmücken (*Chironomus* sp.) und Käferlarven (*Cyphon* sp.). In Karstlandschaften, in denen Wasser extrem schnell versickert und unterirdisch abgeleitet wird, müssen auch kleinste Wasseransammlungen für die Fortpflanzung von Organismen mit aquatischen Entwicklungsstadien genutzt werden. So findet man Larven selbst in leeren Schnecken shells, in denen sich etwas Wasser gesammelt hat (Abb. 3).

Odonaten (Libellen) waren im Cockpit Country mit nur einer Art, *Diceratobasis macrogaster*, vertreten. Moskitolarven sind besonders wichtige Elemente der Lebensgemeinschaft von Phytotelmen: bis zu 50 Larven pro Phytotelme wurden gezählt und zehn verschiedene Arten gefunden.

Erste Schlüsse

Die Auswertung der Funde dauert noch an, da keine Bestimmungsschlüssel vorliegen. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß Phytotelmen geeignete Modellökosysteme sind, die zur Beantwortung der Frage nach den Mechanismen der Aufrechterhaltung tropischer Diversivität beitragen können. In zukünftigen Studien werden neben der weiteren limnologischen Charakterisierung dieser Miniaturökosysteme vergleichende faunistische Bestandsaufnahmen von Phytotelmen verschiedener Standorte (verschiedene Umweltbedingungen) durchgeführt. Wesentlicher Schwerpunkt wird die experimentelle Manipulation von Phytotelmen sein, um Aussagen über den Einfluß von Störungen zu erhalten.

Die Autoren



Dipl.-Biol. Wolfgang Janetzky (30, links), ehemaliger Student und jetzt wiss. Mitarbeiter im Fachbereich Biologie, und der Dipl.-Biol. Thomas Deppe (27, rechts) gehören der Arbeitsgruppe Aquatische Ökologie an, die von Prof. Dr. Vareschi geleitet wird. Vareschi (51), seit 1988 Hochschullehrer für Zoologie und Ökologie in Oldenburg, studierte in München und Tübingen Biologie. Anschließend war er Assistent am Zoologischen Institut in München. 1984 habilitierte er sich. Arbeitsschwerpunkte Vareschis, den Forschungsaufenthalte nach Kenia, Israel und Venezuela führten, ist die aquatische Ökologie.

Wir machen den Kartenverkauf für die Kulturreise!

Carl von Ossietzky Buchhandlung

2 mal in Oldenburg

...in der Innenstadt
Achterstraße 15
Tel. 1 39 49

...und in der Universität
Uhlhornsweg

der Stadtladen:
...Bücher für den Lesespaß
...Plakate, Rahmungen,
Postkarten, Fertigrahmen,
Umweltschutzpapier,
Aufziehen, Passepartouts...

Der Uniladen:
...Literatur für
alle Studiengänge.

... Wir besorgen
fast jedes lieferbare
Buch von heute auf
morgen. Anruf genügt...

IHR OLDENBURGER
BUCHHÄNDLER

Arbeiter und Angestellte: Zur Geschichte einer Diskriminierung

von Thomas Blanke



Arbeiter in der alten Kleinmotorenfabrik der AEG (um 1900)

„Das 'Arbeiterrecht' will dem gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit erleichtern, die wenigen Rechte, die ihm aus dem Arbeitsvertrag und aus der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung erwachsen, kennen zu lernen und möglichst selbständig wahrzunehmen...“ (Arthur Stadthagen, SPD-Abgeordneter des Deutschen Reichstages, im Vorwort zur dritten Auflage seines arbeitsrechtlichen Standardwerkes „Das Arbeiterrecht“, Neujahr 1900)

An der Wiege des modernen Arbeitsrechts steht das „Arbeiterrecht“. Das Buch von Stadthagen erschien zu einem Zeitpunkt, in dem das Lehr- und Fachgebiet „Arbeitsrecht“ als akademische Disziplin noch nicht existierte. Es ist kein Lehrbuch für das juristische Studium, sondern ein Handbuch für die Praxis, adressiert an Arbeiter und Gewerkschaften. Was als „Arbeiterrecht“ entstand, mutierte bereits in der Weimarer Zeit zum „Arbeitsrecht“. Gegen die vereinheitlichende Programmatik der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien setzten Politik und Recht auf erneute, künstliche Differenzierung: Die abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft wurden aufgespalten in die juristischen Großgruppen der Arbeiter und Angestellten. Das Recht der Arbeiter wurde zum Teilgebiet des Arbeitsrechts,

wobei die Angestellten systematisch gegenüber den Arbeitern privilegiert wurden. Das „Arbeiterrecht“ hat auch in dieser diskriminierenden Form seine Geschichte hinter sich: „Kopf- und Handarbeiter verdienen denselben Schutz bei Arbeitsplatzverlust“. Mit diesem markanten Satz hat das Bundesverfassungsgericht im Beschluß vom 30. 5. 1990 einen Schlußstrich unter eine arbeits- und sozialrechtliche Tradition gezogen, für die das

Abstract

„Both academic and manual workers are granted the very same legal protection in case of the loss of employment“. This maxim marked the settlement of a tradition in labour law by the German Federal Constitutional Court in 1990. Up to this date constitutional legal privileges were granted to employees entailing disadvantages for workers. This contribution looks into the emergence and into the gradual removal of this legal discrimination. The dissolution of the special privileges for workers means placing the creation of homogeneous non-discriminatory regulations for all types of employment contracts on the agenda. With that, the guideline of equal treatment becomes the determining principle of improvement efforts of labour law.

Gegenteil geradezu konstitutiv und fraglos legitim war. Es hat die Vorschrift des § 622 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach für Arbeiter erheblich kürzere Kündigungsfristen als für

Angestellte (zwei Wochen gegenüber sechs Wochen zum Quartalsende) gelten, für verfassungswidrig erklärt. Und zwar wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs.1 des Grundgesetzes. Zwar läßt das Bundesverfassungsgericht die begriffliche Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten nicht fallen, aber diese legitimiert nicht mehr per se rechtliche Ungleichbehandlung.

Die Gliederung der abhängig Beschäftigten in die Großgruppen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gehört zum überkommenen Bestand nicht nur unserer Rechtsordnung. Diese drei Statusgruppen bilden auch im Blick auf vergleichbare Rechts- und Gesellschaftssysteme die fundamentalen Säulen, in die sich die Beschäftigungsverhältnisse gleichsam naturwüchsig ausdifferenzieren. Ihre Signifikanz bezog diese rechtliche Klassifizierung aus dem unterschiedlichen Grad an sozialer Sicherheit, den die Zugehörigkeit zum jeweiligen „Stand“ garantierte: Von der Gruppe der Beamten über die der Angestellten bis hinab zu der der Arbeiter formte die sinkende rechtliche Gewißheit von Arbeitsplatz, Einkommen und sozialer Absicherung das Bild dieser drei Berufsklassen. Dem entsprach ihr jeweiliges Ansehen in der Prestige-Skala der sozialen Hierarchie und die Ausbildung eines spezifischen Berufsethos.



Das Arbeiterrecht

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag und aus den Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungs-Gesetzen

unter besonderer Berücksichtigung

des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen usw.

Erläutert von

Arthur Stadthagen
Mitglied des Deutschen Reichstags

Verlag von J. F. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) Stuttgart

Das Arbeiterrecht

Von der Zunftordnung zum gespaltenen Arbeits- und Sozialrecht

So tief verwurzelt und rechtlich wie sozial festgefügt diese Aufspaltung der abhängig Beschäftigten auch scheint, sie ist - abgesehen von den Beamten - relativ jungen Datums: Sie entsteht in Ansätzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung vollzieht sich in zwei Schritten: Zunächst wird mit der Durchsetzung der Gewerbefreiheit die überkommene zunftrechtliche Organisation überlagert und schließlich ersetzt durch die Entstehung berufsständischen Rechts für ganze Berufszweige wie Handel, Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt, Landwirtschaft, Haushalt u.a. So enthalten die preußische Gewerbeordnung von 1845 und das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 zahlreiche berufsständische Regelungen für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter, Kaufleute, Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge. Sodann bewirkt die rasante Industrialisierung mit ihrer Mechanisierung der Produktion und der Rationalisierung in Betrieb und Büro einen Nivellierungsprozeß, welcher zur Abschleifung der berufsständischen Differenzierungen führt. Im Gefolge der Entfaltung der „Großen Industrie“ (Marx) entsteht eine breite Schicht von nicht oder nur gering qualifizierten Fabrikarbeitern, die überwiegend als Stunden-, Schicht- oder Tagelöhner beschäftigt werden. Zugleich differenzieren sich die betrieblichen Leitungs- und Aufsichtsfunktionen aus und werden technisch und kaufmännisch ausgebildeten Arbeitnehmern übertragen, die häufig Monatsgehälter beziehen. Allerdings bleibt ihre Anzahl im Verhältnis zu den Produktionsarbeitern zunächst gering: Auf 21 Arbeiter kam im Jahr 1882 lediglich ein „Angestellter“.

Erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts beginnt mit dem Gewerbegerichtsgesetz von 1890 und der Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 eine vereinheitlichende Zusammenfassung der vielfältigen Berufsbezeichnungen zu den Großgruppen der Angestellten einerseits, der „gewerblichen Arbeiter“ andererseits. Die Angestellten werden, wie zuvor die Handlungsgehilfen, privilegiert und erhalten sechswöchige Kündigungsfristen zum Quartalsende und für sechs Wochen Gehaltsfortzahlung bei Krankheit. Die Initiative für die Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft war politisch motiviert: Es galt, die Angestellten aus der „Front der Arbeitnehmer“ herauszulösen, um der Solidarisierung von Arbeitern und Angestellten vorzubeugen. Die Verselbständigung der Angestelltenversicherung gegenüber dem allgemeinen Versicherungssystem für die Bezieher von niedrigem Einkommen durch das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 erfolgte in konsequenter Fortschreibung dieser Politik. Sie etablierte gerade auch für die Masse der unteren und mittleren Angestellten eine deutlich verbesserte, den Staatsbeamten vergleichbare Altersversorgung.

Die Entwicklung in der Weimarer Republik ist durch eine Vertiefung der Differenzierung im Arbeitsrecht gekennzeichnet. Eine Vorreiterrolle nahmen hierbei diejenigen Gesetze (wie das Hilfsdienstgesetz von 1916, das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Arbeitsgerichtsgesetz von 1926) ein, die den Arbeitnehmern - nunmehr nach Gruppen getrennt - Selbstverwaltungsrechte oder eigene Vertretungen einräumten. Materiell-rechtlich führte das noch heute geltende Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten aus dem Jahr 1926 zu einer erheblichen Ausdehnung der nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelten Fristen für die Kündigung älterer Angestellter.

Mit diesen Regelungen hatte die rechtliche und soziale Ausdifferenzierung der Angestellten und Arbeiter ihren

Fachbuchhandlung Medizin

Rudolf Ebel

Inh.: Burkhard Koop

Neben der St. Peter Kirche

Peterstraße 24 · Tel.: 1 47 92

Fax: 1 28 86

Die guten Seiten
am Schloßplatz!

- Recht, Steuern
- Wirtschaft
- Philosophie
- Psychologie
- Geschichte
- Theologie

• und vieles andere mehr.

Oldenburg · Schloßplatz 21-22
Tel.: 04 41 - 2 52 88



BUCH
HANDLUNG
ANNA
THYE

OFFICINA
... alles für Ihr gutes Image.

- Layoutsatz
- Belichtungsservice für Atari auf Linotype 300
- Druck von Plakaten bis 63x88 cm Prospekten und Broschüren

Officina Druck GmbH, Posthalterweg 1B, 2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 77 60 60 und 77 60 61, FAX (04 41) 77 60 65



Gleichermaßen im Angestelltenstatus:
... die Kassiererin im Supermarkt

Kulminationspunkt erreicht. Sie fand ihren organisatorischen Ausdruck in der seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgten Bildung eigener Angestelltenverbände, die nach dem Berufsverbandsprinzip gegliedert und aufgesplittet waren in unterschiedliche politisch-weltanschauliche Richtungen. Eine einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer war auch arbeitsrechtlich erheblich erschwert. Da Arbeitskämpfe bei bestehendem Arbeitsverhältnis bis zum Grundsatzbeschluss des Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahr 1955 als unzulässig angesehen wurden, stellte die unterschiedliche Laufzeit der Kündigungsfristen von Angestellten und Arbeitern ein gravierendes Hindernis für den gemeinsamen Beginn von Streiks dar.

Die allmähliche Angleichung des Arbeiter- und Angestelltenrechts

Unter der nationalsozialistischen Diktatur kam es auf der Grundlage der Gemeinschaftsideologie von Betrieb, Volk und Staat und der Propagandaformel von der Einheit der „schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust“ zu einer begrifflichen, organisatorischen wie rechtlichen Zwangszusammenführung von Arbeitern und Angestellten als „Gefolgschaftsmitgliedern“ in den Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront und im betrieblichen „Vertrauensrat“ nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934. Das bundesrepublikanische Arbeits- und Sozialrecht hat die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten zweigleisig fortgeführt: Im materiellen Recht ist seit Mitte der fünfziger Jahre die Fortsetzung der Angleichungsbewegung die dominierende Tendenz. Neuere Gesetze wie etwa das Bundesurlaubsgesetz und das Kündigungsschutzgesetz verzichten ganz auf die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten. Geblieben ist - neben der rentenrechtlichen Besonderung der Angestellten - vor allem die Differenzierung in prozeduraler Hinsicht. Das gruppenspezifische Repräsentationsgebot in Betrieb und Unternehmen wurde mit der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes von 1988 sogar verstärkt.

Forciert wurde die Vereinheitlichungstendenz wesentlich durch die Mobilisierung von gewerkschaftlicher Gegen-



... und die Fußballer der Bundesliga

macht. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsverhältnisses und die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten war von Beginn an eine der zentralen Zielperspektiven der DGB-Gewerkschaften. 1973 kam es in der chemischen Industrie zum Abschluß eines einheitlichen Manteltarifvertrages, 1987 zu einem Bundesentgelttarifvertrag, welcher die Vereinheitlichung der tariflichen Lohn- und Gehaltssysteme für annähernd 600.000 Arbeitnehmer bewirkte. Fast durchgängig wurde inzwischen die Urlaubsdauer für beide Arbeitnehmergruppen einheitlich festgelegt, nicht selten erfolgte auch eine Angleichung der Kündigungsfristen.

Privilegien für die Mehrheit

Die Angleichungsbewegung, einmal in Gang gesetzt, schärfte den Blick für die Fragwürdigkeit der verbleibenden Differenzen. Mit der Suche nach rationalen Begründungen für die Benachteiligung der Arbeiter beginnt das Eigenleben des normativen Diskurses, der um den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs.1 GG zentriert ist: Die fortbestehende Ungleichbehandlung wird im Verlauf der siebziger und dann verstärkt in den achtziger Jahren zur Verfassungsfrage. Die Differenzierung, lange Zeit als selbstverständlich erachtet, wurde begründungsbedürftig. Trotz der Verselbständigung des Rechts der Angestellten gegenüber den Arbeitern war die Abgrenzung beider Gruppen stets eigentümlich willkürlich und unscharf geblieben. Warum die Kassiererin in einem Selbstbedienungsmarkt, der Lesezirkelwerber, der Telefonist in der Hauptverwaltung einer Zeche als Angestellte, der Verkäufer im Bahnhofskiosk, der Führer von Schloßbesichtigungen und der in der Grube unter Tage tätige Telefonist hingegen als Arbeiter eingestuft wurden, blieb ebenso unerfindlich wie die Zuerkennung des Angestelltenstatus für die Fußballer der Bundesliga.

Registriert wurde nun auch die zunehmende Annäherung der Gruppen der Arbeiter und Angestellten in ihrer gesellschaftlichen wie betrieblichen Stellung. Der bereits in den sechziger Jahren konstatierte Trend zur „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) hatte nicht nur das Freizeit- und Konsumverhalten, sondern auch die gruppenspezifischen Mentalitäten einander angeglichen. Die Veränderungen in der Berufsausbildung und die beruflichen Tätigkeitsprofile haben sich derart ausdifferenziert, daß die - ohnedies nie voll überzeugende -

Trennschärfe des Kriteriums geistige versus körperliche Arbeit rapide gesunken ist und eher zur Abgrenzung innerhalb der jeweiligen Beschäftigtengruppen als zwischen ihnen taugt. Mit der Einführung der neuen EDV-Technologien in Büro und Verwaltung ist die relativ größere Arbeitsautonomie der Angestellten geschwunden, ihre Tätigkeiten sind ähnlich wie bei Produktionsarbeitern transparent und kontrollierbar geworden. Und schließlich hat das säkulare Anwachsen der Zahl der Angestellten, die inzwischen diejenige der Arbeiter übersteigt, das Verhältnis von Regel und Ausnahme bei der arbeitsrechtlichen Bevorzugung umgekehrt: Nicht eine berufliche Minderheitsgruppe wird privilegiert, sondern eine Mehrheit.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30.5.1990 war somit sozial wie normativ vorgezeichnet. Gleichwohl bedeutet sie einen epochalen Einschnitt in die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt, der deutlich macht, wie sehr klassische rechtliche Typenbildungen auf dem Gebiet des Privatrechts heute einer sozialstaatlichen Korrektur und Fortbildung unterliegen. Kernpunkt des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts ist die Frage, ob diese beiden Großgruppen der Arbeitnehmer in derart unterschiedlicher Weise von Arbeitsmarktrisiken betroffen werden, daß es gerechtfertigt ist, eine von ihnen unter besonderen rechtlichen Schutz zu stellen. Den Zweck der Kündigungsfristen sieht das Gericht darin, dem gekündigten Arbeitnehmer die Möglichkeit zu verschaffen, aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus sich einen neuen, gleichwertigen Arbeitsplatz suchen zu können. Folglich wird der empirische Vergleich der Arbeitsmarktsituation von Arbeitern und Angestellten zum "Probierstein" der Legitimation der gesetzlichen Ungleichbehandlung. Das hierfür vom Gericht geprüfte statistische Datenmaterial ergibt keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich Qualifikation, Beschäftigung, Kündigung, Arbeitslosigkeit und Wiedereinstellung der beiden Beschäftigtengruppen, an die sich eine derart einschneidende rechtliche Differenzierung knüpfen ließe.

Perspektive: Das einheitliche Beschäftigungsverhältnis

Mit seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht die letzte gravierende Hürde auf dem Weg zu einer

völligen Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten im materiellen Arbeitsrecht beseitigt. Damit geht eine industriegesellschaftliche Epoche zu Ende, die auf der rechtlichen wie organisatorischen Spaltung der abhängig Beschäftigten und der einseitigen Privilegierung der Angestellten beruhte. Der Gesetzgeber ist nach dem Einigungsvertrag verpflichtet, das in der Vergangenheit immer wieder gescheiterte Projekt einer Kodifizierung des Arbeitsvertragsrechts erneut in Angriff zu nehmen und hierbei einen einheitlichen Typus des Arbeitsverhältnisses zu schaffen. Dabei ist allerdings die kritische Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß nunmehr nicht an den Rändern des einheitlichen Beschäftigungsverhältnisses erneute Diskriminierungen Platz greifen.

Der Autor



Prof. Dr. Thomas Blanke (48) studierte in Frankfurt und Pisa (Italien) Jura und Philosophie. Das Zweite Staatsexamen legte er 1972 ab, im selben Jahr wurde er promoviert und für seine Dissertation mit dem Walter-Kolb-Gedächtnispreis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet. Drei Jahre später erhielt er den Ruf zum Professor für Arbeitsrecht an die Oldenburger Universität. In der Forschung beschäftigte Blanke sich u.a. mit Arbeits- und Verfassungsrecht sowie mit Rechtstheorie und -soziologie. Von 1990 bis 1992 war er Vizepräsident der Universität.

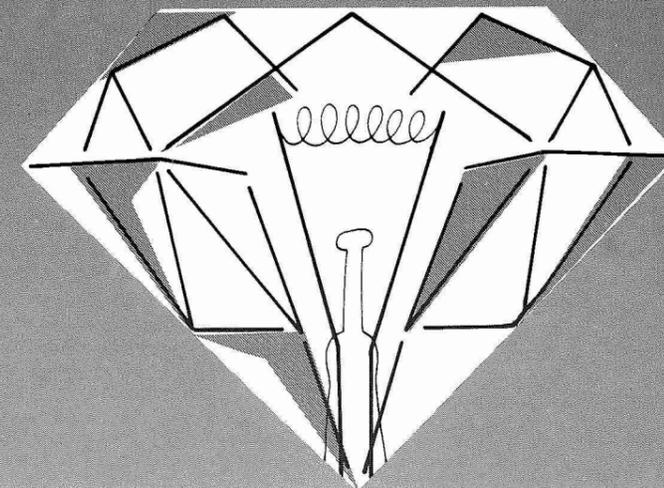
EINBLICKE NR. 15
8. Jahrgang, Heft 16, Oktober 1992
- ISSN 0930/8253
EINBLICKE wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Das Forschungsmagazin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg EINBLICKE erscheint zweimal im Jahr und informiert die Öffentlichkeit über Forschungsprojekte und deren Ergebnisse. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nehmen dabei bewußt Vereinfachungen in der Darstellung ihrer Forschung in Kauf. Abdruck der Artikel nach Rücksprache mit der Redaktion und unter Nennung der Quelle möglich.

Herausgeber: Der Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Redaktion und Layout: Gerhard Harms (verantwortlich), Gudrun Pabst, Dr. Andreas Wojak, Pressestelle, Ammerländer Heerstraße 114-118, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2417, Telex: 25655 unol d, Telefax: 0441/798-2435
Satz: Claudia Bürger
Fotos: Archiv Moormuseum Moordorf (23), dpa (13, 21), IBA-Emscher Park (16, 17), Wolfgang Janetzky (4, 5, 6), Rainer Tietjen (13), Dr. Andreas Wojak (25)
Reprographie: Peter Stief (S-W) / KD-Repro (Farbe)
Druck: Officina-Druck, Posthalterweg 1b, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/77 60 60
Anzeigen: aha-Werbung, Bismarckstr. 22, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/74408

Sichere, verantwortungsvolle Energieversorgung für die Bürger unseres Landes.

Strom ist ein kostbares Gut.



Im Vergleich zu anderen Energiearten ist Strom die wertvollste von allen. Denn Strom hat die vielseitigsten Gebrauchseigenschaften, die seinen Wert bestimmen.

Mit Werten sollte man umsichtig umgehen. Auch mit Strom. So kann jeder einzelne Verbraucher durch den Einsatz moderner Geräte den Stromverbrauch senken. Das bringt Gewinn für alle: Primärenergien werden eingespart, dadurch die Umwelt weiter entlastet und der Verbraucher hat weniger Geld zu bezahlen.

Machen Sie es so wie wir: Durch technische Verbesserungen beispielsweise an Kohlekraftwerken haben wir den Einsatz von Kohle seit 1950 halbiert.

Die Energieberater der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sagen Ihnen, wie auch Sie Strom sparen können.

Vernunft ist gefragt, wenn es um eine sichere Energieversorgung geht.

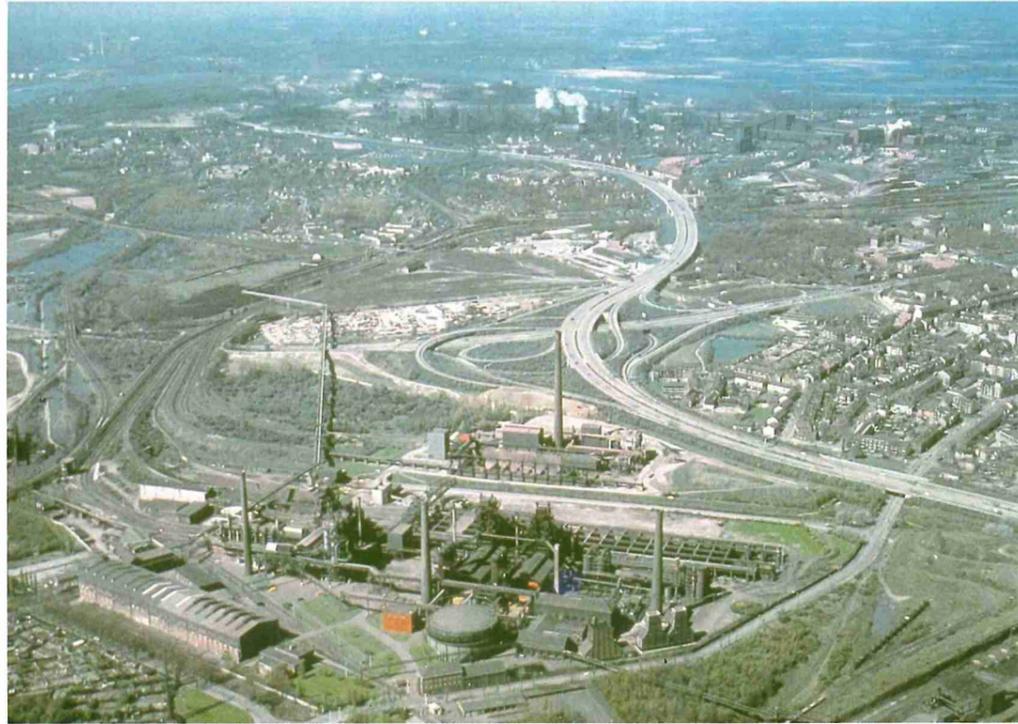
PreussenElektra

PreussenElektra AG · Tresckowstr. 5 · 3000 Hannover 91

Was macht eine Stadt urban?

Definitionen, Einwände und Widersprüche

von Walter Siebel



„Verstädterte Landschaft ohne Stadt“: Internationale Bauausstellung Emscher Park, Duisburg

Wer über Urbanität spricht, verläuft sich leicht irgendwo zwischen höheren Werten und kulturellen Veranstaltungen. Über der Diskussion von Kunstausstellungen, Theateraufführungen und Architektur geht die städtische Wirklichkeit, in der das Alltagsleben des Städters sich abspielt, verloren. Der Begriff der Urbanität aber umfaßt mehr als anregende Inszenierung städtischer Räume und eine Vielfalt kultureller Angebote. Urbanität meint immer auch ein Bild vom richtigen Leben, sie bemißt sich auch an den ökonomischen, sozialen und politischen Chancen für ein humanes Leben, die eine Stadt jedem ihrer Bürger eröffnet. Urbanität haftet der städtischen Siedlungsform nicht per se an, auch nicht der großstädtischen. Die Behauptung der Nordrhein-Westfalen-Reklame, das Ruhrgebiet sei die „dichteste Kulturlandschaft nach New York und Paris“, mag stimmen, aber auch Zahl und Vielfalt der kulturellen Einrichtungen garantieren noch keine Urbanität. Was macht eine Stadt urban?

Definitionen

Die sozialwissenschaftliche Literatur bietet fünf Antworten auf diese Frage:

1. In der Sozialökologie wird Stadt bestimmt „als eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (Wirth).
2. In Analogie zur sozialökologischen Definition läßt sich eine funktionale Definition formulieren: Urbane Qualität bemißt sich

darin, inwieweit in einer Stadt alle Funktionen - Arbeiten, Wohnen, Verkehr und Erholung - entsprechend dem Grad ihrer gesellschaftlichen Differenzierung präsent sind und wie sie einander im Gefüge der Stadt zugeordnet werden.

3. Die sozialpsychologische Definition macht die Dialektik von Privatheit und Öffentlichkeit zum zentralen Kriterium. Je stärker Polarität und Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und priva-

Abstract

The paper presents five elements of a sociological definition of urbanism. European urbanism - it is argued - is the process of a trefold emanzipation: the political emanzipation of the citizen in democracy, the economic emanzipation of the bourgeois in capitalist society, the social emanzipation of the individual in the dialectics of a public and a private sphere. But this concept of urbanism has lost its social preconditions. So it has to be reformulated in line with the principles of: equal opportunities, multicultural towns, citizens' engagement, presence of history and appeasement with nature.

ter Sphäre sich ausprägen, desto „städtischer ist, soziologisch gesehen, das Leben einer Ansiedlung“ (Bahrnt).

4. Von Edgar Salin stammt die politische Definition von Urbanität. Er bindet Urbanität an Demokratie sowie an Bildung und Leistung als den zentralen statusbestimmenden Merkmalen im Unterschied zur Herkunft, also an die Emanzipation des Bürgertums.
5. Damit ist auch das fünfte Element einer Definition von Urbanität benannt: die urbane Stadt als Ort der Emanzipation, und zwar - der politischen Emanzipation des Citizen in der Demokratie;

- der ökonomischen Emanzipation des Bourgeois in einer Gesellschaft von privaten Produzenten;
- der sozialen Emanzipation des Individuums in der Dialektik von Privatheit und Öffentlichkeit.

Aber die Stadt ist noch in einem über die Geschichte der europäischen Stadt hinausweisenden Sinn Ort der Emanzipation. Städtische Lebensweisen sind überhaupt erst möglich, wenn ein Teil der Bevölkerung aus der agrarischen Produktion freigestellt ist. Am Anfang aller Stadtgeschichte steht die Emanzipation vom Naturzwang. Die Stadt ist der Ort, wo die Unabhängigkeit von Natur gelebt werden kann, Unabhängigkeit von Klima und Witterung, von natürlichen Zeitstrukturen und vom naturhaften Zwang zur Arbeit.

Die urbane Stadt als Ergebnis und Ort von Kultivierung ist der Ort, wo zum ersten Mal sowohl die Hoffnung der Arbeiterbewegung auf das Reich der Freiheit jenseits des Reichs der Notwendigkeit formulierbar wird, wie Ort der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen. Die Kategorie Urbanität meint eine besondere Lebensweise des Städters, die in ihrer Besonderheit über die bestehenden Verhältnisse hinausweist. Der Bewohner der europäischen Stadt gehörte als Städter einer anderen und besseren Gesellschaft an. Und insofern, wie die alltägliche Lebensweise des Städters eine utopische Perspektive beinhaltet, kann die urbane Lebensweise Universalität beanspruchen. Damit ist hier nicht behauptet, Demokratie, gerechter Tausch, Unabhängigkeit von Natur, die Emanzipation des Individuums seien in früheren Zuständen der europäischen Stadt Realität gewesen. Aber im Gegensatz zu den Lebensbedingungen auf dem Land konnte sich die europäische Stadt als ein Schritt in die Richtung auf Demokratie, Emanzipation des Individuums und gerechten Tausch definieren. Und insoweit verwies die Existenzweise des Städters auf eine bessere Gesellschaft.

Einwände

Aber dieser Begriff von Urbanität ist historisch erschöpft:

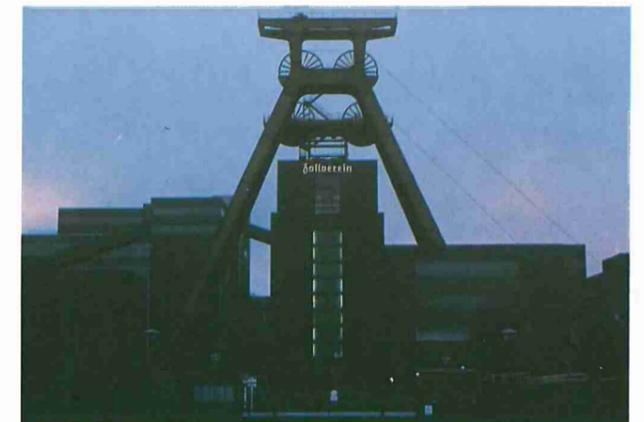
1. Jede kritische Idee, jede Utopie braucht einen sozialen Träger, wenn sie mehr sein soll als moralischer Appell. Urbanität aber hat ihre sozialen Träger verloren. Das ökonomisch selbständige Bürgertum und das klassenbewußte Proletariat hatten ihren Ort in der Stadt und waren die Träger einer urbanen Utopie. Beide sind verschwunden.
2. Die Ziele von Liberalismus und Sozialismus sind auf der Ebene des Nationalstaats zugleich realisiert und banalisiert worden. Sie sind nicht mehr als emanzipatorische Elemente einer besonderen städtischen Lebensweise formulierbar.
3. Die Stadt als Versorgungsapparatur und die Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushaltes sind heute keine universalisierbaren Modelle mehr. Angesichts der ökologischen Grenzen ist die Stadt nicht mehr der Ort, wo die Unabhängigkeit von Natur gelebt werden kann.
4. Die Stadt ist heute nicht mehr Ort der Hoffnung auf individuellen Neuanfang und sozialen Aufstieg. Die Segmentierungen auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt haben den Zusammenhang zwischen Wachstum und allgemeinem Wohl zerrissen. Die Stadt ist heute nicht mehr Ort der allmählichen sozialen Integration, sondern Ort der Ausgrenzung.
5. Die Alltagsvorstellung von der urbanen Stadt macht sich fest am Gegensatz von Stadt und Land, an der Hierarchie von Stadtkern und Stadtrand und am dichten Gemenge von Geschäften, Arbeitsstätten und Wohnungen. Aber die kleinteilige Mischung von Funktionen in der Stadt scheidet heute an den Größenordnungen von Produktionsrichtungen und Dienstleistungsinstitutionen ebenso wie an der Mobilitätsfähigkeit der

Bevölkerung. In modernen Siedlungsstrukturen, die von der Industriegesellschaft geprägt sind, gibt es weder den Gegensatz von Stadt und Land noch das eindeutige Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Das Ruhrgebiet wie das Umland aller großen Städte sind in diesem Sinne moderne Siedlungsstrukturen: „verstädterte Landschaft ohne Stadt“ (Niethammer). Dagegen orientiert sich das Raumbild von Urbanität an vorindustriell entstandenen Stadtstrukturen, bestenfalls am 19. Jahrhundert. Heutige Stadtentwicklung unter dieses rückwärtsgewandte Bild von Urbanität zwingen zu wollen, führt zu städtebaulichen Vergewaltigungen, die leere Flächen, hohle Gesten oder geschminkte Fassaden hinterlassen, zu besichtigen in der ehemaligen DDR, in Brasilia und in vielen westdeutschen Stadtzentren.

6. Der Begriff der Öffentlichkeit hat seinen Bezug zum öffentlichen Raum der Stadt verloren. Relevante politische Themen werden in lokalen Kontexten nicht mehr verhandelt. Zwischen EG, Bund, Land und Kommune hat sich eine hierarchische Arbeitsteilung herausgebildet, in der der lokalen Ebene die Rolle eines „Mülleimers“ (Offe) zugefallen ist: Auf der lokalen Ebene werden nur noch die Folgen von Politiken bearbeitet, die von der lokalen Öffentlichkeit kaum noch beeinflußt werden können. Soweit Politik noch auf lokaler Ebene stattfindet, hat sie sich aus dem öffentlichen Raum der Stadt zurückgezogen in Parteigremien, in korporatistische Strukturen und in die Medien. Auf den öffentlichen Raum als Ort der politischen Artikulation sind nur noch schwache Interessen angewiesen, jene Interessen, die keinen Zugang zu den normalen Kanälen politischer Willensbildung finden.

7. Die funktionale Verödung des öffentlichen Raums begrenzt seine Zugänglichkeit und damit seine Öffentlichkeit. Hinzu kommen die sozialen Schwellen, die eine hochgestylte Innenstadt errichtet. Solche Kritik hält jedoch noch fest am Ziel der Öffentlichkeit von Straßen und Plätzen. Sie behauptet nur, es sei nicht mehr erreichbar. Aber ist städtischer Raum als öffentlicher Raum heute noch sinnvoll zu denken? Steht dahinter vielleicht nicht nur ein heute unrealistisches Bild von der vorindustriellen Stadt, sondern auch ein problematisches Konzept sozialer Integration?

Sozial segregierte Räume, die von bestimmten sozialen Gruppen besetzt sind, sind nicht-öffentliche Räume. Segregation aber, soweit sie nicht erzwungen ist, entspricht durchaus legitimen Interessen: dem Wunsch, mit seinesgleichen zusammenzuleben, Konflikte zu vermeiden, verlässliche soziale Netze aufzubauen und die eigene Identität zu stabilisieren. Je mehr die Städte



Kathedralen der Industriegesellschaft: Zeche „Zollverein“, Essen

Das schmutzige Geschäft mit der Unschuld

■ Viele Metropolen der Dritten Welt erleben in den letzten Jahren einen besonderen Boom: Organisierter Sextourismus nutzt die bedrückende Armut, das Zerbrechen traditioneller Bindungen und Werte. Hunderttausende von Jungen und Mädchen sind die Opfer dieses schmutzigen Geschäfts mit der Unschuld. Die seelischen und körperlichen Schäden der Kinder können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. So ist die Selbstmordrate von Jugendlichen z.B. in Thailand eine der höchsten der Welt.

■ Die Regierungen der Entwicklungsländer sind weitgehend hilflos. Deshalb hat sich jetzt eine Aktionsgemeinschaft gegründet, die Maßnahmen und Kampagnen zum Schutz der Kinder vor Prostitution entwickeln will. BROT FÜR DIE WELT unterstützt mit seinen Partnern diese wichtige Arbeit nach Kräften.

Postfach 10 11 42
7000 Stuttgart 10
Postgiro Köln
500 500-500

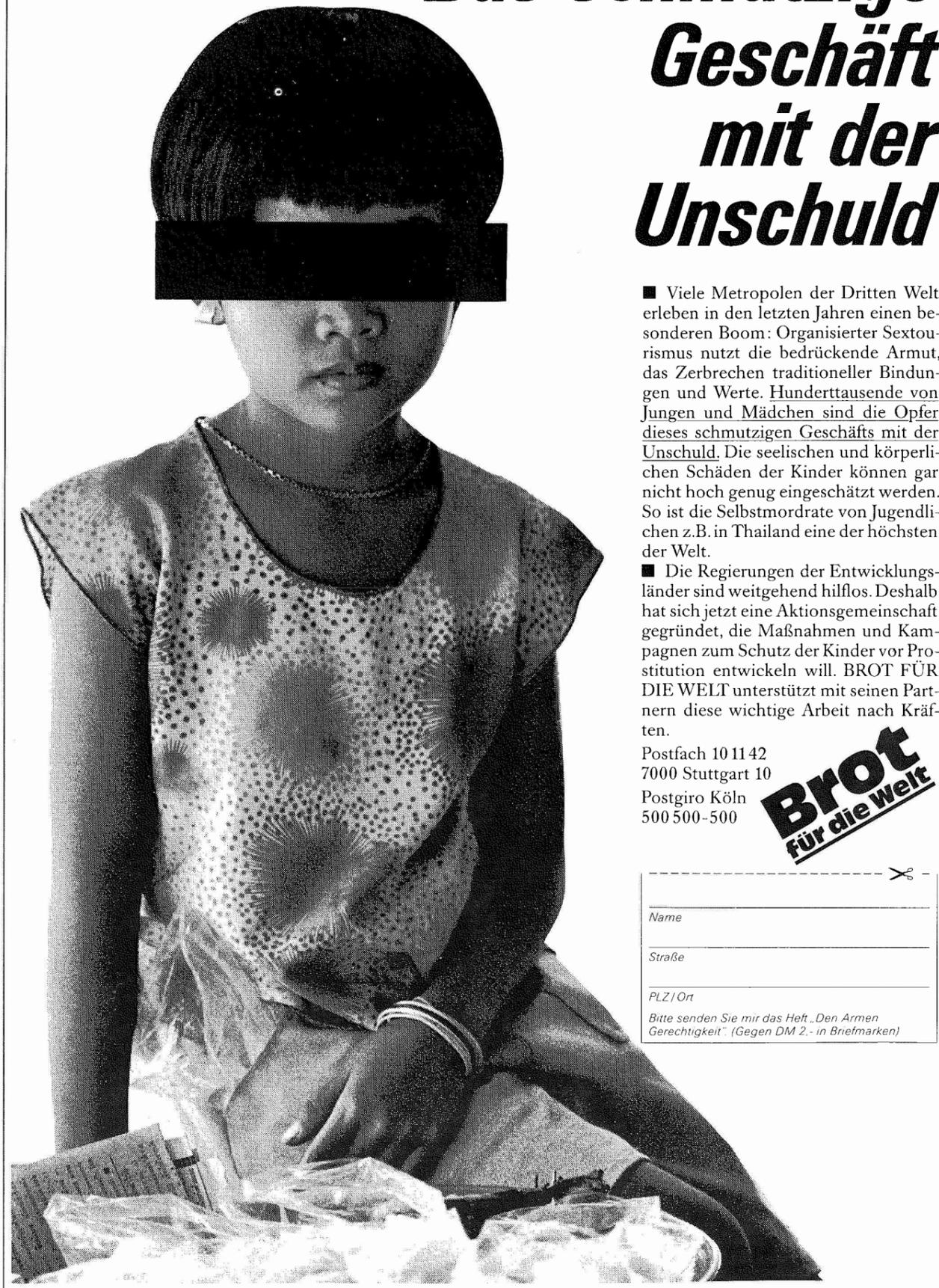
BROT
Für die Welt

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Bitte senden Sie mir das Heft „Den Armen Gerechtigkeit“ (Gegen DM 2,- in Briefmarken)



verschiedene kulturelle Identitäten beherbergen, desto schärfer werden sie segregiert sein, desto mehr also werden sich nicht-öffentliche Räume ausbreiten.

Urbanität als rückwärtsgewandter Begriff

Die Erosion der sozialen Basis von Urbanität, die ökonomische und politische Mediatisierung der lokalen Ebene und die sozialräumliche Segregation der Stadt verändern die Rolle des öffentlichen Raums grundlegend. Stadtzentren werden zu exklusiven Konsumwelten inszeniert und das gerade auch durch die Versuche, Urbanität mit städtebaulichen Mitteln zu rekonstruieren. Gleichzeitig wird eine Minderheit räumlich, sozial und politisch an den Rand der Stadt gedrängt. Wenn sich diese Ausgegrenzten Zugang zum sogenannten öffentlichen Raum der Stadt verschaffen, dann im Stil von Eroberungsfeldzügen. Das ist auch ihr letztes Mittel, sich politisch Gehör zu verschaffen. Und eben darin zeigt sich der Funktionswandel des öffentlichen Raums. Er ist nicht mehr der allgemein zugängliche Raum der Öffentlichkeit, sondern nur noch eine Nische, in der sich eine radikalisierte Opposition artikuliert, sei es auf dem Leipziger Ring oder in Los Angeles. Wo sich bürgerschaftliches Engagement im öffentlichen Raum der Stadt bemerkbar macht, also bei Bürgerinitiativen, handelt es sich fast immer um den Versuch einer sozialen Gruppe, ihr Territorium zu verteidigen oder es für sich und gegen andere anzueignen. Mehr und mehr werden das Stadtzentrum exklusiv und die Stadtteile zu den besonderen Territorien einzelner Gruppen. Wenn die Ausgegrenzten den öffentlichen Raum in seiner ursprünglichen Funktion als Raum der politischen Artikulation beanspruchen, dann gelingt ihnen dies nur, indem sie die Regeln eines gesitteten, urbanen Diskurses verletzen. Um das ins Paradoxe zu übertreiben: Die Nicht-Öffentlichkeit des städtischen Raums, seine Vandalismus geradezu provozierende Exklusivität ist heute die Voraussetzung dafür, daß die Städte noch urbane Orte sind, in denen das Verdrängte, die Schattenseiten der Gesellschaft, die ausgegrenzten Interessen politisch folgenreich sichtbar werden können.

Das Konzept von Urbanität, wie es in der sozialwissenschaftlichen Diskussion und im Alltagsverständnis formuliert wird, ist - so läßt sich zusammenfassen - an vorindustrielle Stadtstrukturen, an die bürgerliche Lebensweise und an die ausbeutende Beherrschung der Natur gebunden. Orientiert man sich an diesem rückwärtsgewandten Begriff von Urbanität, so können über moderne Siedlungsstrukturen nur Geschichten des Verfalls und des Verlusts von Urbanität erzählt werden. Kein Wunder, daß die Bemühungen um die Wiederbelebung der Städte, die sich an diesem Bild orientieren, in der bloßen Inszenierung von Urbanität steckenbleiben.

Elemente einer neuen Urbanität

Der Kairos, der historische Moment der europäischen Urbanität ist vorüber. Aber gerade weil Urbanität eine historisch bedingte Kategorie ist - wie alle sozialwissenschaftlichen Kategorien - ist es möglich, nach Elementen einer neuen Urbanität zu suchen, die sowohl dem historischen Anspruch europäischer Urbanität wie den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen. In welche Richtung diese Suche gehen könnte, sollen die folgenden Stichworte andeuten:

Soziale Chancengleichheit

Kann es eine urbane Stadt ohne eine Perspektive auf die Überwindung sozialer Ungleichheit geben? Die ökonomische

funktionalisierte Stadtgestaltung, die Deregulierung des sozialen Wohnungsbaus und der Stadtbau überhöhen die soziale und räumliche Ausgrenzung, statt sie zu mildern. Und es werden nicht nur die Armen ausgegrenzt. Die Stadt wird eingerichtet für den gesunden, informierten, deutschen Erwachsenen. Behinderte, Kinder, Ausländer, alte Menschen und teilweise auch die Frauen bleiben an den Rand gedrängt.

Multikulturelle Stadt

Die Stadt war immer Ort der Begegnung mit dem Fremden. Angesichts der zu erwartenden Zuwanderung nach Europa wird sie es in Zukunft um so mehr sein. Eine Stadt, in der die Angehörigen verschiedener Kulturen zusammenleben, wird wahrscheinlich nicht kleinräumig sozial gemischt sein. Wenn wir die multikulturelle Stadt ernstnehmen, und d.h., daß in ihr fremde Kulturen und fremde ethnische Identitäten nicht forciert integriert, also aufgelöst werden, dann wird man das Problem der Segregation neu überdenken müssen.

Durchgesetzte Demokratie

Urbanität lebt vom Engagement der Bürger. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen, generell auch die Möglichkeiten zur Partizipation an den Einrichtungen der Gesellschaft sind für bestimmte Teile der Bevölkerung äußerst beschränkt. Maximal mögliche Beteiligung an der Planung und an der Verwaltung z.B. von Wohngebieten und sozialen Infrastruktureinrichtungen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Bürger sich ihre Umwelt zu eigen machen und sie als ihre Heimat empfinden können. Der Anspruch einer weltoffenen, multikulturellen Urbanität läßt sich schwer vereinbaren mit einer Kommunalverfassung, die den ansässigen sogenannten ausländischen Mitbürgern das kommunale Wahlrecht vorenthält.

Präsenz der Geschichte

Stadtkultur beinhaltet immer auch die lebendige Vergewärtigung von Geschichte. Das heißt gerade nicht Musealisierung, sondern Aneignung der Zeugnisse vergangener Epochen, also auch, sie nützlich zu halten im Alltag des Städters. Moderne, von der Industriegesellschaft geschaffene Siedlungsstrukturen gewinnen erst jetzt, da sich die Industrie zurückzieht, eine eigene Geschichte. Zugleich bietet dies eine Chance zu kultureller Selbstbestimmung, die so in keiner Gesellschaft bestanden hat: nämlich bewußt auszuwählen, welche Zeugnisse dieser Vergangenheit bewahrt und wie sie genutzt werden sollen. Wie bewußt und wie öffentlich diese Auswahl getroffen wird, wird die städtische Kultur entscheidend prägen.

Versöhnung mit Natur

Die Stadt ist gegen die Natur entstanden. Mit der ökologischen Problematik ist das traditionelle Verhältnis von Stadt und Natur als Gegeneinander und Beherrschung in Frage gestellt. Ohne ein neues Verhältnis zur Natur wird es gar keine Stadtkultur mehr geben. Der ökologische Umbau der Städte hat außerordentlich weitreichende Auswirkungen. Auf keinen Fall wird es nur ein Umbau der Stadt- und Haustechnik sein. Er verlangt auch eine veränderte Lebensweise des Städters.

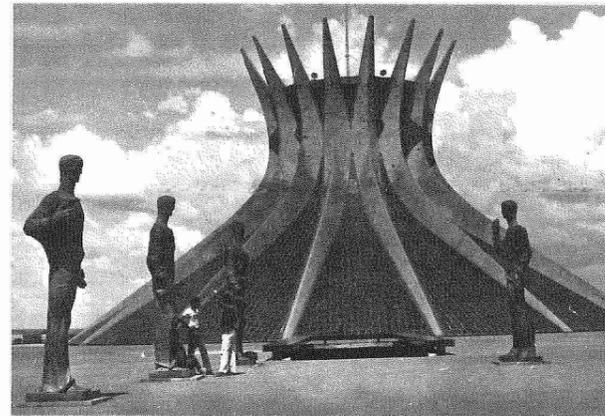
Neue Einheit des Alltags

Die städtische Lebensweise beinhaltet die Emanzipation von den Rhythmen der Natur. In der Stadt kann man die Nacht zum Tag machen. Auch die Jahreszeiten werden irrelevant für die Aktivitäten des Städters. An ihre Stelle treten die Zwänge sozial strukturierter Zeit. Die moderne Stadt unterwirft den Alltag des Städters einem strikten Reglement, das seine Aktivitäten an bestimmte Orte und Zeiten bindet: Arbeiten - Pendeln - sich Erholen und Schlafen. Strukturierung von Zeit war schon immer ein Aspekt der Urbanisierung.

Inszenierte Urbanität



... leere Flächen: Aufmarschplatz in Ostberlin



... hohle Gesten: Kathedrale von Brasilia; vorne die Apostel-Figuren



... geschminkte Fassaden: Frankfurt, wiederaufgebauter Römerberg

Die Entkoppelung von Betriebs- und individuellen Arbeitszeiten zusammen mit der Verkürzung der Zeit für beruflich organisierte Arbeit eröffnen Spielräume für eine Lockerung auch der sozial definierten Zeiten zugunsten größerer individueller Disposition über die räumlichen und zeitlichen Strukturen des Alltags. In dieser Souveränität des Individuums über die Zeit liegt die Berechtigung, von einer „neuen Einheit des Alltags“ zu sprechen. Allerdings wird es eine radikalisierte Zeitsouveränität des Individuums kaum geben. Diese wird eingeschränkt durch ökologische Notwendigkeiten, die zu einer teilweisen Wiederherstellung natürlicher Zeitstrukturen führen können, durch die Probleme der Koordination von sozialen Zeitstrukturen, um soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten, und durch kulturell definierte Zeitstrukturen: Fastenzeiten wie Karneval und Ramadan, Feiertage wie Sabbat und Sonntag.

Offenhalten von Widersprüchen

Die urbane Lebensweise war niemals identisch mit einer bestimmten Lebensform. Sie ist gerade dadurch charakterisiert, offen zu sein für die Ausprägung von Differenz und Widerspruch. Die urbane Stadt ist geprägt von einem prinzipiellen Widerspruch:

- einerseits ist die Stadt Dienstleistungsmaschine, sie entlastet von Arbeit, Verbindlichkeiten und sozialer Kontrolle;
- andererseits ist Stadt Heimat, Ort, wo man zu Hause ist, Ort der Vertrautheit, der Selbstorganisation, der Aneignung und der Identifikation.

Neben dieser grundsätzlichen Widersprüchlichkeit wird die Stadt heute mehr und mehr zum Ort der Differenzierung von Lebensweisen, des Nebeneinanders von Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und Nationalitäten.

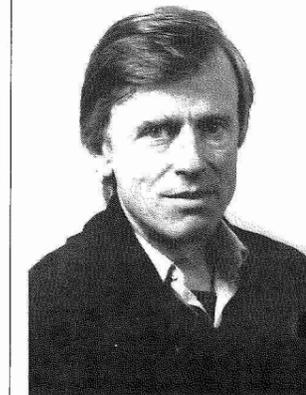
Verwirklichte soziale Gleichheit, durchgesetzte Demokratie, Versöhnung mit Natur, gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Kulturen, Einheit des Alltags, Vergegenwärtigung von Geschichte und das Offenhalten von Widersprüchen - das sind utopische Ansprüche. Aber auch der historische Begriff von Urbanität, wie er sich in Europa entfaltet hat, enthielt eine Utopie: die Vision einer liberalen Gesellschaft ökonomisch selbständiger, politisch gleicher und zivilisierter Individuen. Wenn heute über Stadtkultur diskutiert wird, darf diese Diskussion nicht hinter die emanzipatorische Reichweite der bürgerlichen Urbanität zurückfallen. Im Gegenteil, sie wird deren utopische Perspektiven noch erweitern müssen.

Immerhin besteht die
Möglichkeit, daß wir
Ihre Werbung auf
den Punkt bringen.

AHA : HERRMANN
WERBEAGENTUR

BISMARCKSTRASSE 22 · 2900 OLDENBURG
TELEFON 04 41 / 7 44 08 · TELEFAX 7 44 02

Der Autor



Prof. Dr. Walter Siebel (53), Soziologe mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung, leitet die Arbeitsgruppe Stadtforschung am Fachbereich Sozialwissenschaften. Siebel, der in Aachen, Bonn, New York und Frankfurt/M. studierte und anschließend u.a. am Institut für Wohnen und Umwelt tätig war, ist seit 1975 Hochschullehrer in Oldenburg. 1990 bis 1992 war er Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Seit 1989 ist er wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park.

Kriegs- schauplatz Hunger.



In der Dritten Welt sterben täglich mehr als 40.000 Menschen durch die Gewalt der Armut. Durch unsauberes Trinkwasser, fehlende medizinische Versorgung und viel zu wenig Nahrung. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung sind die Folge. Kriegsschauplatz Hunger: eine Bedrohung für den Weltfrieden.  **DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE**
Helfen Sie mit, Leben zu retten.  **Spendenkonto Sparkasse Bonn: 111**

Einzahlungen bei allen Banken, Sparkassen und Postämtern. Deutsche Welthungerhilfe · Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1 · Telefon: 02 28 / 22 88 0

Wir danken für den kostenlosen Abdruck dieser Anzeige.

Regionalgeschichte

„Den Sippen den Lebensfaden abschneiden“

Nationalsozialistische Zwangssterilisation in Moordorf/Ostfriesland

von Andreas Wojak



„Zwei Butzen (Schlafstellen), 9 Personen: je 3 u. 6 in einem Bett, für Wohnraum: 15,21 qm“ lautet der Text zu diesem Foto, das einer 1927 erstellten Dokumentation über die katastrophalen Wohnverhältnisse Moordorfs entstammt

Nee, ik will d'r nix van weten, van de ganze Saak nich mehr. Die Zeiten sind hin, un wi sünt olt. Wovöl Johr sünt dat nu al her?! Un nu noch weer upwarmen? Nee, dor sün'k nich för!“ (Nein, ich will nichts davon wissen, von der ganzen Sache nicht mehr. Die Zeiten sind hin, und wir sind alt. Wieviel Jahre sind das jetzt schon her?! Und jetzt noch wieder aufwärmen? Nein, dafür bin ich nicht!)

Zorn, resignative Bitterkeit und tiefe Verletzttheit durchschimmern die Sätze des 73jährigen Mannes aus Moordorf/Ostfriesland, der als 18jähriger zwangssterilisiert wurde - wegen „angeborenen Schwachsinn“. Der Wunsch des alten Mannes, nicht mehr mit dem traumatischen, lebensbestimmenden Erlebnis seiner Jugend konfrontiert zu werden, ist verständlich und muß respektiert werden. Das Bedürfnis des Wissenschaftlers nach Aufarbeitung dunkler, menschenverachtender Historie - und sei sie noch so „spannend“ - findet seine Grenzen im Leiden der noch lebenden Opfer.

Spannend ist das Thema „Moordorf“ allemal. Merkwürdige Dinge kommen da zusammen: Besenbinder, Mattenflechter, Händler und Hausierer, Bettler und Gauner, Wohnen in Lehmhütten, ein Kinderreichtum ohnegleichen, eine Kommunistenhochburg. Immer wieder lösten die Moordorfer als gesellschaftliche und politische Außenseiter bei den anderen Ostfriesen Gefühle der Bedrohung aus, während gleichzeitig von ihnen eine geheime Faszination des Exotischen ausging. So wurde den Moordorfern - völlig zu Unrecht - nachgesagt, sie stammten von Zigeunern und Sträflingen ab.

„Erbbiologisch unerwünscht“

Spannend war das Thema auch für die Nationalsozialisten. Sie hatten die „Lösung“ des „Problems Moordorf“ auf ihre Fahnen geschrieben. Zunächst gingen sie gleich nach 1933 daran, das Kommunistennest „auszuräuchern“. Etliche Moordorfer Kommunisten wurden in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt. Überdies unterzogen sie das Dorf auf

Abstract

Within the scope of a contemporary historical research project („Moordorf 1918 - 1950. Poetry and Verities of an Extraordinary Village in East Frisia“) on the moorland colony Moordorf in the northwestern part of Germany and on compulsory sterilization by the National Socialists have been investigated in parts of a rural district for the first time. The evaluation of records were thereby supplemented by interviews with surviving victims of these sterilizations. The surprising result of the study proved that owing to legal problems as well as to the course of the military development the National Socialists could not materialize their plans to sterilize the village inhabitants who by majority were dismissed as „inferior persons“.

der Suche nach „minderwertigem“ und „völkisch unerwünschtem“ Erbgut einer eingehenden „erbbiologischen Bestandsaufnahme“. Auftraggeber war der „Reichsbauernführer“, zu dem die Kunde von den angeblich unerhörten Zuständen in dem ostfriesischen Dorf gedrungen war.

Dorf der Hungerleider und Kommunisten

Die Besiedlung des bei Aurich gelegenen Moordorf, das heute 5.000 Einwohner zählt und zur Gemeinde Südbrookmerland gehört, begann 1767 im Zuge der preußischen Moorkolonisation. Die Moorkolonie erlangte schon bald Bekanntheit wegen der großen Armut ihrer Bewohner, die als Händler und Hausierer durch ganz Ostfriesland zogen. Während sich die Verhältnisse in anderen Moorkolonien im Lauf der Zeit besserten, war das Moordorfer Elend wegen der besonders schlechten Ausgangsbedingungen (fehlende Entwässerungsmöglichkeiten usw.) gleichsam zeitlos. Noch in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts lebte ein Teil der Dorfbewölkerung in armseligen Lehmbehäusungen. Bis 1933 war Moordorf überdies eine kommunistische Hochburg. Bis zu 60 Prozent betrug der Wahlanteil für die KPD. Die außergewöhnliche Armutsgeschichte des Dorfes wird anschaulich durch das "Moormuseum Moordorf", in dem zahlreiche Lehmhäuser nach Originalvorbildern nachgebaut worden sind, vermittelt.

Das Ergebnis der Erhebungen, bei dem es um kriminelles Verhalten, aber auch um die politische Einstellung ging, war ganz im Sinn der braunen Machthaber: Rund 70 Prozent der Dorfbewölkerung wurden in die Kategorien „erbblologisch minderwertig“ und „bedenklich“ eingestuft, d.h. Nachkommen waren hier unerwünscht. Die folgerichtige „Lösung“ hieß Zwangssterilisation. Dabei fiel dem Gesundheitsamt Aurich die Aufgabe zu, die Minderwertigen „zu sichten und gegebenenfalls der Unfruchtbarmachung zuzuführen“, wie es in einem auf dem Dachboden eines Moordorfer Polizisten gefundenen Dokument heißt.

Bis Anfang 1939 waren ca. 20 Bewohnerinnen und Bewohner Moordorfs zwangssterilisiert, weit weniger, als die Nazis geplant hatten. Der Grund liegt im Verhalten der Justiz, genauer gesagt, des „Erbgesundheitsgerichts“ Aurich, nach dessen Auffassung die Moordorfer Fälle nicht durch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ gedeckt waren. In einer Art Denkschrift klagt ein Arzt des Auricher Gesundheitsamtes: „Dieses gemeinschaftswidrige Verhalten der Moordorfer, das sich von Generation zu Generation zurückverfolgen läßt und seit einhalb Jahrhunderten den finanziellen Etat des Kreises und die Allgemeinheit aufs schärfste durch Bettel, Diebstähle, Brandstiftungen und andere Delikte ... belastet, vermochte das Erbgesundheitsgericht wegen Fehlens rechtlicher Handhaben nur insoweit zu berücksichtigen, als asoziales Verhalten lediglich als Belastungskomponente verwertet wurde, keinesfalls aber eine Asozialität als solche allein, sei sie auch noch so schwer und sei die Belastung auch noch so penetrant, zum Beschluß der Unfruchtbarmachung genügte.“

„Experten“ aus Berlin befassen sich mit Moordorf

Die Frage der sogenannten Asozialen spielte damals reichweit eine große Rolle. Immer wieder geschah es, daß - wie in Aurich - die Erbgesundheitsgerichte Anträge der Gesundheitsämter auf Sterilisation von Angehörigen dieses Personenkreises ablehnten, jedenfalls wenn bei den Betroffenen keine auffälligen „Intelligenzdefekte“ feststellbar waren und somit die Diagnose des „angeborenen Schwachsinn“ nicht zutreffend sein konnte. Um nun in bezug auf Moordorf „Abhilfe“ zu schaffen, versammelte sich am 4. Februar 1939 beim Regierungspräsidenten in Aurich eine erlauchte Herrenrunde. Eigens aus der Reichshaupt-

stadt Berlin waren angereist Ministerialrat Dr. Herbert Linden vom Innenministerium sowie der Kriminalbiologe Dr. Robert Ritter vom Reichsgesundheitsamt. Während Linden als „Referent für Erb- und Rassenpflege“ zwei Jahre später maßgeblich an der Euthanasie beteiligt war, sollten Ritters Forschungen die Grundlage und scheinwissenschaftliche Rechtfertigung für den Völkermord an Sinti und Roma durch die Nazis liefern. Außer Linden und Ritter waren in Aurich vor allem Vertreter der Gesundheitsverwaltung und der Justiz aus Ostfriesland und dem übrigen Norddeutschland versammelt, unter ihnen die Vorsitzenden des Erbgesundheitsgerichts Aurich und des Erbgesundheitsobergerichts Celle.

Während die medizinischen Vertreter dafür plädierten, auch ohne weitergehende gesetzliche Regelungen gegen die „Asozialen“ vorzugehen („formelle juristische Bedenken dürfen uns nicht aufhalten“), äußerten sich die anwesenden Juristen reservierter. Allerdings machten auch sie keine grundsätzlichen Einwände gegen die Sterilisationen geltend. Ihre Bedenken betrafen allein die - aus ihrer Sicht - unzureichenden gesetzlichen Grundlagen.

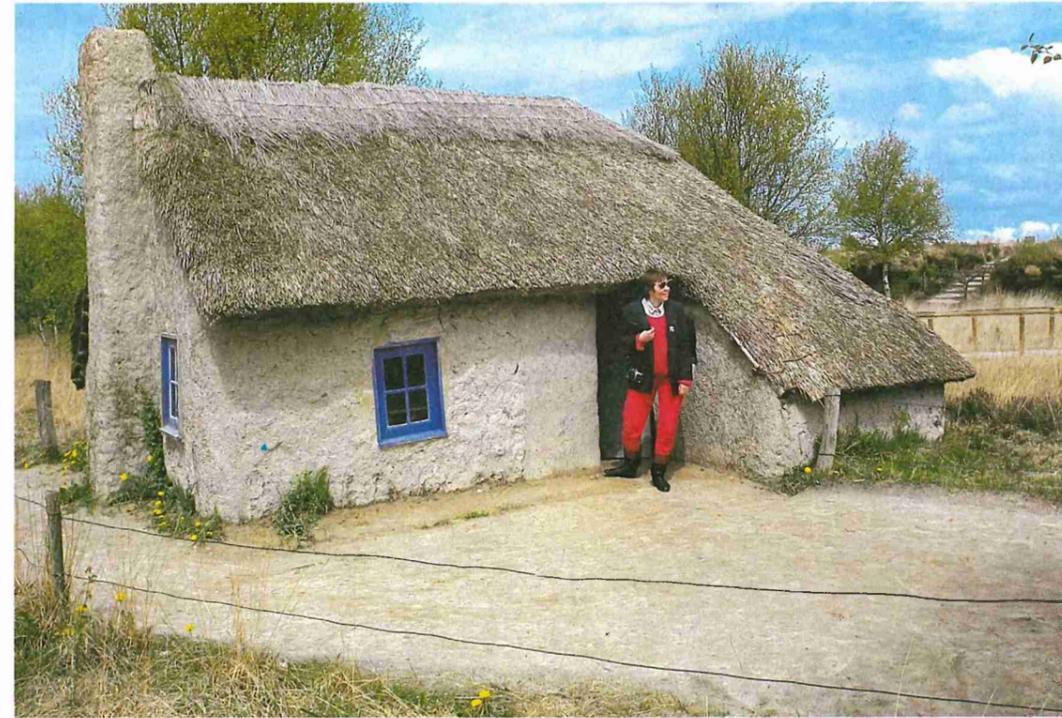
Als besonderer Scharfmacher erwies sich der Kriminalbiologe Robert Ritter. Das Erbgut der Moordorfer sei das „minderwertigste“, was man sich vorstellen könne, sagte er. Durch „ständige Inzucht“ sei es „auf diesem minderwertigen Grad“ gehalten worden: „Daß hier etwas geschehen muß, ist klar. Es gilt nicht, irgendein Einzelindividuum, sondern ganze Erbämme zu treffen, die sich seit Jahrhunderten als geistig minderwertig gezeigt haben.“ In dasselbe Horn blies der ostfriesische Arzt Arend Lang mit seiner schneidigen Aussage: „Es bleibt nichts anderes übrig, als diesen Sippen den weiteren Lebensfaden abzuschneiden. Dazu muß der Amtsarzt den nötigen Mut zur Antragstellung, der Richter die nötige Konsequenz und die Partei den Mut zur Unpopularität aufbringen.“

Owohl man in Aurich mit dem übereinstimmend formulierten Willen auseinanderging, das „Moordorf-Problem zu Ende zu bringen“ (Regierungspräsident Eickhoff), stiegen die

Das Sterilisationsgesetz

Die Zwangssterilisation im Nationalsozialismus war durch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ geregelt. Ziel war, lt. Gesetzeskommentar, „den Volkskörper zu reinigen und die krankhaften Erbanlagen allmählich auszumerzen“. Als Erbkrankheiten galten u.a. „angeborener Schwachsinn“, „Schizophrenie“ und „schwere körperliche Mißbildung“. Über die Sterilisationsanträge, die von den Gesundheitsämtern gestellt wurden, hatten eigens eingerichtete „Erbgesundheitsgerichte“ und, bei Einsprüchen, „Erbgesundheitsobergerichte“ zu entscheiden. Aufgrund des Gesetzes wurden im Deutschen Reich bis 1945 etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert, je zur Hälfte Frauen und Männer. Ungefähr 5.000 Personen, zumeist Frauen, starben infolge des Eingriffs.

Sterilisationszahlen von Bewohnern Moordorfs nach der Sitzung nicht signifikant an. Bis 1945 wurden insgesamt 26 Personen sterilisiert. Der Grund liegt in den Zeitumständen. Wenige Monate nach der Auricher Zusammenkunft begann, ausgelöst durch den deutschen Überfall auf Polen, der Zweite Weltkrieg. Damit verbunden war ein starker Rückgang der Sterilisationen in ganz Deutschland. Diese Entwicklung sowie die nach wie vor ungeklärte juristische Problematik verhinderte das Schlimmste in dem ostfriesischen Dorf. Die „Lösung“ des „Moordorf-Problems“, für das, wie sich aus Dokumenten ergibt, neben einer



Das seit 1984 bestehende „Moormuseum Moordorf“ mit zahlreichen nachgebauten Lehmhäusern, wie sie für Moordorf typisch waren, gehört zu den großen Touristenattraktionen Ostfrieslands

massenhaften Zwangssterilisation vermutlich die Umsiedlung eines großen Teils der Dorfbewölkerung nach Osteuropa vorgesehen war, wäre nach einem gewonnenen Krieg mit Sicherheit in Angriff genommen und „zu Ende“ gebracht worden.

„Der Eingriff verlief regelrecht“

Daß nun nicht die halbe Dorfbewölkerung auf dem Operationstisch landete, ist für die tatsächlichen Opfer kein Trost. Sie hatten unermesslich zu leiden, wie aus den Akten und aus Interviews mit noch lebenden Betroffenen deutlich wird. Die Akten vermitteln insgesamt ein Bild schematischer Verfahren, in denen die Beschlüsse zur Sterilisation nur formelhaft und oberflächlich begründet werden. Allein in den Fällen, in denen die Betroffenen sich zu wehren vermochten und Einspruch gegen die Verfügung des Erbgesundheitsgerichts Aurich erhoben, erfolgte dann durch das Erbgesundheitsobergericht Celle - eine differenziertere Stellungnahme. Gelegentlich wurden sogar medizinische Gutachten eingeholt.

Eines der zahlreichen Routineverfahren, in dem aus Sicht der Behörden alles „reibunglos“ vonstatten geht, ist der Fall der Grete H., die im Alter von 20 Jahren zwangssterilisiert wird. Die landwirtschaftliche Arbeiterin, im amtsärztlichen Gutachten als „zugänglich und freundlich“ charakterisiert, leidet angeblich an „Schwachsinn“. Grundlage für die Diagnose ist in erster Linie ein „Intelligenztest“, in dem Fragen gestellt werden wie: „Hauptstadt von Deutschland?“, „Wer war Luther?“, „300 Reichsmark zu 3 % Zinsen in 3 Jahren?“, „Was versteht man unter dem Kochen des Wassers?“, „Unterschied zwischen Rechtsanwalt und Staatsanwalt?“

Viele Fragen vermag die junge Moordorferin gar nicht oder nur falsch zu beantworten. Nur wenn die Fragen ihren Alltag und Lebensbereich berühren, kann sie mit ihnen etwas

anfangen. So weiß sie Lebensmittelpreise, Wochentage usw. richtig zu benennen. Der Amtsarzt urteilt: „Angeb. Schwachsinn mittleren Grades. Ungenügende Merkfähigkeit. Schlechte Denkleistung. Erhebliche Störung der Sinnerfassung. Ungenügende Allgemeinkenntnisse.“

Das Erbgesundheitsgericht schließt sich der Diagnose an. Die Erbgesundheitsakte, die neben Gutachten, Gerichtsprotokoll und Urteil auch Postzustellungsurkunden und Gebührenberechnungen für Zeugen enthält, endet mit dem „ärztlichen Bericht“ über die im Auricher Krankenhaus ausgeführte Operation: „Die an angeborenem Schwachsinn leidende Grete H., geb. am 10.4.1918 in Moordorf, ist aufgrund der Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts in Aurich vom 15.1.1938 am 30.11.1938 von mir unfruchtbar gemacht worden. Bei dem Eingriff wurden die Eileiter gequetscht und unterbunden. Der Eingriff verlief regelrecht. Die Wunde heilte in 10 Tagen ohne Nebenerscheinungen. Die Operierte wurde am 9.12.1938 als geheilt entlassen. Aurich, den 14.12.1938. Dr. S., Facharzt für Chirurgie.“

„Angeborener Schwachsinn“ lautet auch die amtsärztliche Diagnose bei dem jungen landwirtschaftlichen Wilhelm Z. Zu dem angesetzten Verhandlungstermin vor dem Erbgesundheitsgericht in Aurich erscheint nicht der Betroffene selbst, sondern seine Mutter. Sie erklärt, daß ihr Sohn nicht kommen könne, da er „bei der Dreschmaschine“ sei. Sie beantragt eine Aussetzung des Verfahrens, was das Gericht jedoch ablehnt. Zu dem neu anberaumten Termin wird Wilhelm Z. polizeilich vorgeführt. Das Gericht beschließt am 4. Dezember 1936, daß Wilhelm Z. zu sterilisieren sei. Zur Begründung führt es an: „Z. stammt aus einer belasteten Familie. Hierin sieht das Gericht die Ursache für den nachgewiesenen Schwachsinn und nicht in einer während des Krieges nach Angabe der Mutter bestanden habenden Unterernährung. Es handelt sich also bei Z. um angeborenen Schwachsinn.“

MEINE ANZEIGE IN EINBLICKE IST JA NUR IMAGEWERBUNG . . .



JA, UND WIE!

. . . bei allen, die an Forschungsvorhaben in der Region
Nordwest interessiert sind . . .

. . . bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der
Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, an allen Hochschulen
in der Bundesrepublik Deutschland und fünfzig Universitäten in
aller Welt . . .

. . . bei den über 250 Mitgliedern der Universitätsgesellschaft.
Einzelpersonen, Unternehmen, Kommunen und Kreisen . . .

. . . bei den Besuchern der Messen, an denen die Universität
Oldenburg sich und ihre Arbeit vorstellt.

Alles weitere erfahren Sie unter Telefon (04 41) 7 44 08.

Ärztlicher Bericht
(gem. § 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. 7. 1933, Reichsgesetzbl. I S. 529,
in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 26. Juni 1935,
Reichsgesetzbl. I S. 773.)

Der *) an ungeb. Schwachsin leidende
Die an ungeb. Schwachsin (Geburtsort, -monat, -jahr) 1916 (Geburtsort)
aus Moordorf (Wohnort und Wohnung)
ist auf Grund der Entscheidung des Erbgesundheitsgerichts *) in Aurich
vom 15. 2. 1936 Alterszeichen:
am: 21. VII. 1936 von mir untersuchbar gemacht worden.
Art der Untersuchbarkeit: Bei dem Eingriff wurden die Samersteril
Glieder folgender Art
1. im linken Bein (Kniegelenk)
Der Eingriff rechtmäßig rechtmäßig rechtmäßig
Die Wunde heilte in 10 Tagen ohne Nebenerscheinungen:
Der *) Operierte wurde am 9. I. 1932 geheilt entlassen (vgl. hierzu Ver. 8
Die 2 der Dritten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom
25. 2. 1935, Reichsgesetzbl. I S. 289).
Ort: Aurich, den 14. I. 1932
An den Herrn Amtsarzt in *) Aurich
An die Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts in Aurich
Unterschrift des Arztes Wojak
Staatl. Gesundheitsamt Aurich
Eing.: 16. JAN. 1937

Auszug aus einer Erbgesundheitsakte

„Hest 'n Kapp up Nös kregen . . .“

Die meisten Moordorfer Zwangssterilisierten sind inzwischen verstorben. Sie hatten, so gut sie es vermochten, mit der ihnen zugefügten Verletzung zu leben gelernt. Wegen der bis in die Gegenwart andauernden Tabuisierung des Themas war an eine befreiende Auseinandersetzung für sie überhaupt nicht zu denken. Das Ereignis, das in eine immer ferner liegende Vergangenheit rückte, wurde im Erinnerungsbewußtsein gleichsam eingekapselt. Soweit Betroffene von ihren Erfahrungen berichteten, kristallisierte sich als übereinstimmendes Moment heraus, daß sie als junge, unerfahrene Menschen vom Land den Behörden völlig hilflos ausgeliefert waren, ja oft nicht einmal wußten, warum es genau ging.

Hermann M. wurde als 20jähriger Zwangssterilisiert. In dem amtsärztlichen Gutachten hatte es über ihn geheißen: „Es handelt sich zwar um einen äußerlich frisch und gesund aussehenden Jungen. Er stammt aber aus einer erblich schwer belasteten Familie.“ Im Gespräch erzählte er mit stockender Stimme, daß er wegen der Operation etwa eine Woche im Auricher Krankenhaus war. Über den Operationsgrund wußte er nicht Bescheid: „Ik muß opereert worden, heed' dat. De hemmen dat nich seggt, worum.“ (Ich müßte operiert werden, hieß es. Die haben nicht gesagt, warum.)

An die Verhandlung vor dem Erbgesundheitsgericht in Aurich hatte der Moordorfer keine Erinnerung mehr. In der damaligen Zeit hatten Menschen wie er, der beim Bauern arbeitete, nichts zu melden: „Wat sall ik dorvan vertellen? Ik weet woll, dat wi uns tüchtig quälen müssen bi't Buren. Wenn du nich arbeiden deest, denn heed' dat bloß: 'Du kummst weg!', denn wurst du weghaalt, nich. De hemmen uns domols al'n Bült inschüchtert. Wi müssen nix as arbeiden, un dor dürs du di nargends um stören.“ (Was soll ich davon erzählen? Ich weiß wohl, daß wir uns tüchtig quälen mußten bei den Bauern. Wenn du nicht gearbeitet hast, dann hieß das bloß: 'Du kommst weg!', dann wurdest du weggeholt, nicht. Die haben uns damals schon sehr stark eingeschüchtert. Wir mußten nichts als arbeiten, und da durftest du dich nirgends drum stören.)

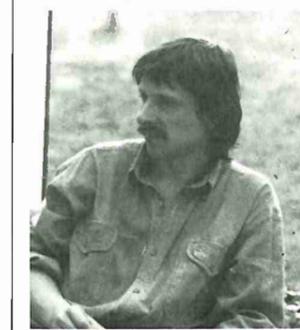
Annette K., die im Alter von 17 Jahren zwangssterilisiert wurde, wußte noch, daß sie von ihrem Vater zu der Verhandlung vor dem Erbgesundheitsgericht begleitet wurde: „Ja, mien Vader hett mit west. Aber kiek, wat wull he dor maken? Door nütz' ja nix um. Wenn he frech worrn weer, denn harrn's hum inspeert bobendem, dat weer ja de Nazitied.“ (Ja, mein Vater ist mit gewesen. Aber guck, was wollte er da machen? Da nützte ja nichts. Wenn er frech geworden wäre, dann hätten sie ihn noch eingesperrt obendrein, das war ja die Nazizeit.) Auf wessen Veranlassung das Verfahren in Gang gesetzt wurde, vermochte die Moordorferin nicht zu sagen. Auch sie hatte keine Ahnung, was mit ihr im Krankenhaus geschehen sollte: „Büst nadem erst all gewohr worrn. Hest 'n Kapp up Nös kregen, un denn weetst du ja nich, wat los is. Dat sün'k nadem erst all gewohr worrn. Kiek, do was't all vörbi.“ (Das bin ich erst alles danach gewahr geworden. Hast 'ne Kappe auf die Nase gekriegt, und dann weißt du ja nicht, was los ist. Das bin ich danach erst gewahr geworden. Guck, da war alles vorbei.)

Während die Betroffenen nur mit Mühe über ihre Erlebnisse zu sprechen imstande sind, tun sich diejenigen, die bei den Sterilisationsverfahren auf der „anderen Seite“ standen, mit ihren Erinnerungen weniger schwer. Aus dem Bereich des Gesundheitsamtes Aurich waren nur noch einige alte Fürsorgerinnen ausfindig zu machen, die im Rahmen ihrer Arbeit bei Familien der Betroffenen Ermittlungen anstellten und z. B. „Sippentafeln“ anfertigten. Daß von ihnen jemand unter späten Gewissensbissen gelitten hätte, war nicht festzustellen.

Die Fürsorgerinnen erklärten, sie hätten nur auf Anordnung gehandelt und das ganze sei ja gesetzlich geregelt gewesen. Ausdrücklich verurteilen wollte keine von ihnen die Zwangssterilisation, im übrigen seien „ja nur diese besonderen Geisteskranken“ sterilisiert worden, wie eine Fürsorgerin sich ausdrückte. Schön sei es nicht gewesen, wenn die Familien aufgesucht werden mußten, so eine andere: „Ja, das war eben nicht gerade angenehm! Nun mußte man manchmal schon mit Schlichen dabei gehen, daß man da überhaupt was rauskriegt. Und das war nicht immer leicht! Nee, nee, und besonders nachher, da kamen die ja auch dahinter.“

Vielen älteren Moordorfern ist bekannt, daß in der Nazizeit Dorfbewohner zwangssterilisiert wurden, zumal einige Fälle seinerzeit Aufsehen erregten. Eine alte Moordorferin, deren Nachbar sterilisiert wurde, erzählte, seinerzeit sei in Moordorf ein „richtiger Aufstand (gewesen), daß sie die alle holten“. Die Furcht vor Verfolgung habe allerdings größere Proteste verhindert. Mit den Betroffenen zu reden, habe man sich damals aus Scham nicht getraut. An der Sprachlosigkeit im Verhältnis zu den Opfern hat sich bis heute nichts geändert.

Der Autor



Dr. Andreas Wojak (39) studierte an der Freien Universität Berlin Politik und Geschichte. 1991 promovierte er in Oldenburg im Fach Geschichte mit einer Arbeit über die jüngere Geschichte Moordorfs. Nach Jahren freiberuflicher Rundfunkstätigkeit mit dem Schwerpunkt Regionalgeschichte und verschiedenen Publikationen, u. a. zum Thema „Juden und Deutsche“, ist er seit 1991 als wiss. Mitarbeiter in der Pressestelle der Universität tätig.

“So kann man mit Menschen doch nicht umgehen!”

Der Spielfilm „Die besten Jahre“ - ein Stück Geschichte der frühen DDR

von Gebhard Moldenhauer, Hans-Joachim Fischer, Holger Neumann, Helmut Freiwald



des gesellschaftlichen Lebens in der DDR gemeinsam. Im Dezember 1965 formulierte allerdings das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED die ablehnende Reaktion des Regimes gegen die Tendenzen des „Skeptizismus“ und „der Verabsolutierung der Widersprüche“, gegen „nihilistische, ausweglose und moralzersetzende Philosophien in Literatur, Film, Theater, Fernsehen und Zeitschriften“. Honecker argumentierte: „Die aktive Rolle der Kunst und Literatur besteht gerade darin, die Überwindung der Widersprüche auf der Grundlage unserer sozialistischen Bedingungen im bewußten Handeln der Menschen durch die konstruktive Politik von Partei und Staat künstlerisch zu erfassen.“

Mehrere Filme wurden verboten. Beispielsweise befanden sich darunter Frank Beyers „Spur der Steine“, Kurt Maetzig's „Das Kaninchen bin ich“ und Frank Vogels „Denk bloß nicht, ich heule“. Rückers mehrere Monate vor dem 11. Plenum fertiggestellter Film geriet nicht in den Strudel der Verbote. Das besagt freilich nichts darüber, wie er tatsächlich in Führungszielen der Partei beurteilt worden ist.

Die Menschen und die Partei

Der Film erzählt von Menschenschicksalen in der sowjetischen Besatzungszone und in der sich entwickelnden DDR. Er schildert

Abstract

Within the scope of a further enquiry into the history of the GDR the DEFA-film „Die besten Jahre“ produced by Günther Rückers in 1965 offers the opportunity to clearly understand the aims and tasks of the social development of the GDR and their realization up to the early 60s and at the same time to analyze them from a technical and didactic view by the example of the educational system. The professional career of the central figure, Ernst Machner, subtly shows how the party recruits its cadres demanding total loyalty, willingness for professional qualification and performance right to the risk of ruining. The absolute undisputed power of the party and the aims set by itself are permanently endangered owing to opportunism, inability and mediocrity. But whoever gradually internalizes the demands of the party and restlessly supports the policy of socialist progress - despite rebelling against it - may outwardly become a positive hero with an exemplary character but in the end he actually is a tragic figure because with this commitment he will not be able to sort himself.

jenen Teil der Lebensgeschichte des Kriegsrückkehrers Ernst Machner, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnt und ungefähr bis zum Beginn der sechziger Jahre reicht. Zugleich berichtet der Film von einer alleinstehenden Frau, Hilde Tamm, die eine kleine Tochter hat und wie eine Kriegswitwe wirkt. Und mit dem Schulrat Schmeller flicht der Film einen Handlungsstrang ein, der vorführt, wie folgenreich die schulpolitischen Ziele

der marxistisch-leninistischen Partei den Lebensweg Ernst Machners durch fast zwei Geschichtsjahrzehnte der DDR prägen.

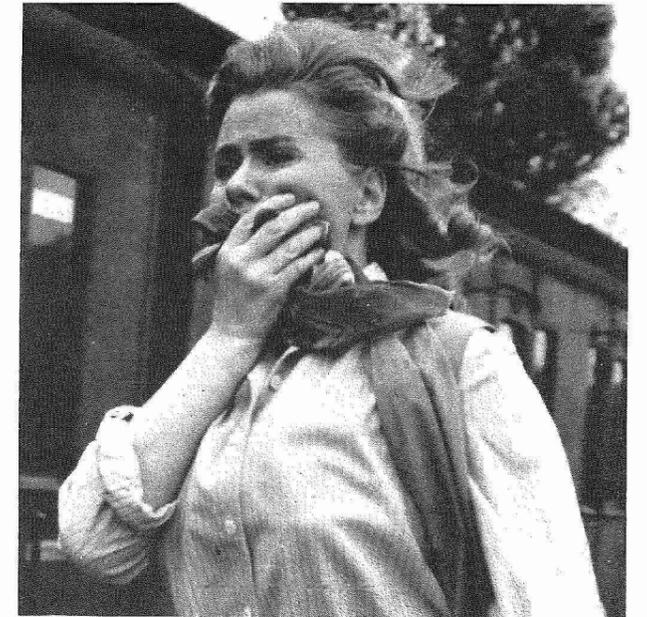
Der Mann ohne Familie scheint auf der Suche nach einer neuen Heimat zu sein. So als habe er das schon länger vorgehabt, stellt Machner den Antrag, in die Partei der Arbeiter aufgenommen zu werden, noch bevor er eine Arbeit begonnen hat: „Der Mensch muß irgendwohin gehören.“ Entgegen seinem Herzenswunsch, Tuchweber zu werden, drängt ihn seine Partei - in Gestalt des Schulrats, der Kandidaten für Neulehrerkurse sucht - auf den Berufsweg des Lehrers. Der Betrachter lernt Machners beste Jahre kennen als Abfolge hart erarbeiteter und durchlittener Bewährungsungen im Vollzug revolutionärer Veränderungen.

Hilde Tamm liebt Ernst und erhofft sich Glück an seiner Seite. Doch er entrückt ihr mehr und mehr, je stärker ihn seine Aufgaben beanspruchen. Ihre besten Jahre sind bestimmt von Entbehrungen für ihre berufliche Weiterqualifizierung. So wenig sie sich mit dem Geliebten der ersten Nachkriegszeit finden kann, so sehr haben die Jahre ihres zwar gleichzeitigen, aber doch sehr verschieden verlaufenden Lebens eine auffällige Ähnlichkeit: die Mühsal des Lernens und der Arbeit für den von Partei und Politik gewollten gesellschaftlichen Fortschritt. Hilde sieht es rückblickend so: „Das ist wie bei Zwillingen, man ist einander ähnlich, man kann den anderen nicht verlieren.“

Machners Herkunft wird freilich nicht mit Hinweisen auf die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse geschildert. Sie erscheint undeutlich als die eines jungen Menschen, der eine zweijährige Fachschule besuchen konnte, aber keine Oberschule, der zwar Tuche weben möchte, aber ohne Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung geblieben zu sein scheint. Gleichfalls unklar läßt die Handlung den sozialen Hintergrund, dem Hilde Tamm entstammt. Positive Beziehungen zur Arbeiterpartei werden an ihr nicht deutlich; im Gegenteil, sie hält Ernst die Eile vor, mit der er die Mitgliedschaft in der Partei erstrebte. Ähnlich ohne deutliches Profil sozialer Herkunft erscheint im Ausbildungslehrgang für Neulehrer ein mathematisch orientierter Kommilitone Machners, der im Fortgang der Handlung als Kybernetiker in der Industrie markant hervortritt.

Soweit den aus dem Kriege kommenden und durch ihn geprägten jungen Männern und Frauen jetzt Aufstiegsberufe und -qualifikationen geboten werden, ist die Bedingung nicht ihre Zugehörigkeit zur „fortschrittlichsten gesellschaftlichen Klasse“. Es fällt auf, daß ihr Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit, zu Nationalsozialismus und Hitlerjugend, mit keinem Wort gestreift wird, gleichfalls nicht die ihnen fehlende „antifaschistische“ Legitimation. Für ihren Aufstieg entscheidend erscheinen einerseits Loyalität und andererseits die im Interesse von Partei und Politik erbrachte Leistung. Unter diesen Bedingungen kann die marxistisch-leninistische Partei, die „führende Kraft aller Werktätigen“ und „Avantgarde der Arbeiterklasse“, ihre Kader aus jeder sozialen Gruppe rekrutieren.

Ein Repräsentant der älteren Generation von Parteimitgliedern, die Figur des Schulrates Schmeller, bestimmt immer wieder die Handlung. Er wird Vorgesetzter, Freund und Mentor von Ernst Machner; von Beginn an ist er sein Genosse. Der unter Hindenburg mit Berufsverbot belegte Volksschullehrer, der zwölf Jahre inhaftiert gewesen ist, stammt aus dem kommunistischen Jugendverband, gehörte seinem Zentralkomitee an und hat noch Lenin erlebt. Er verfügt über Kompetenz und eine eigentümliche Autorität, kann ebenso menschlich teilnehmend wie politisch konsequent sein. Den Aufstieg in ein hohes Amt im Ministerium verdankt der erfahrene Altkommunist insbesondere seiner im revolutionären Umbruch erbrachten politischen Leistung.



Der Zug mit dem Geliebten enteilt; Hilde Tamm, gespielt von Lissy Tempelhof

Kaderpolitik und Opportunismus

Was wird heraufbeschworen, wenn Loyalität und Leistung nicht echt, sondern nur vorgespiegelt sind? Der Schulrat hat Machners Parteiaufnahmeantrag gelesen, der ihm gefallen hat. Daher fügt er hinzu: „Andere, die bloß einfach so mitmachen, haben wir genug.“ In einem späteren Zwiegespräch mit Machner ist Schmeller viel eindringlicher: „Unfähigkeit, die wir bis aufs Messer bekämpfen, macht sich lieb Kind als blinde Treue. Die Heuchelei schickt uns Ergebnisadressen. Das Mittelmaß verketzert Nüchternheit als Zweifel. Die Beschränkten schieben Vorsicht vor und ertränken Mut in Beschränkungen. Und mit ein bißchen Geschick kommt das alles zu Lohn und Brot und hohen Ehren.“ Mit anderen Worten bedeutet das: Die Partei muß - bis in hohe Ränge hinauf - vor Karrieristen auf der Hut sein, und sie muß in ihren Reihen den Gefahren des Opportunismus begegnen.

Schmellers Kritik bleibt freilich intern, parteiintern. Es gibt die Öffentlichkeit nicht, die mit solch brisantem Stoff die Zustände der Partei erörtern würde. Und die Partei ist ohne politische Konkurrenz. Der Ältere, der in der Hierarchie oben steht, ermuntert zwar den jüngeren Genossen, der von unten zu ihm aufschaut, gegenüber blindem Vertrauen skeptisch zu sein und sich ein „paar Pfunde Kritik für mich“ aufzuheben. Aber das ist unter Freunden gesagt. Es zielt nicht auf die strukturelle Möglichkeit - denn sie gibt es nicht - einer allgemeinen kritischen Haltung gegenüber den Parteioberen und ihren Beschlüssen; so auch nicht auf Entscheidungen zur Kaderpolitik, die gemäß dem „demokratischen Zentralismus“ für die untergeordneten Gremien und Mitglieder absolut verbindlich sind. Bereits im Neulehrerlehrgang wird Machner gewarnt. Als man ihn dort verfrüht als Schulleiter abordnet und ihm der Ausruf „Das ist ja Wahnsinn“ entfährt, bekommt er umgehend von einer Dozentin zu hören: „Das ist ein Beschluß, mein Lieber! Noch was?“

Schmeller darf zu Machner so sprechen, da dieser das Gegenteil eines Opportunisten ist. Die Aufträge der Partei erfüllt er mit ganzer Hingabe und ohne seine Kräfte zu schonen. Machner rät seinem in den Industriebetrieb zurückstrebenden Kommilitonen,



Übermüdeter Ernst Machner (gespielt von Horst Drinda): „Die Zeit vergeht, und wir vergessen zu leben“

die von ihm in einem kleinen Textbuch blau unterstrichenen Stellen zu lernen, nicht die rot markierten. Letztere nämlich würden dem Kursteilnehmer, was er ja nicht wolle, den Weg in die Schule ebnen: „Das ist von Stalin, da kann keiner was gegen sagen.“ Anscheinend will der Film weniger Machner in die Nähe des Opportunismusverdachts bringen, als an die formende und verformende politische Kraft erinnern, die alle zur äußerlich kritiklosen ideologischen Anpassung nötigte. Die Knappheit der Aussage erlaubt, sowohl die strikte Verbindlichkeit der Ideologie anzudeuten als auch die Praxis des Stalinismus filmisch auszuklammern. Als Machner nach mehr als einem Jahrzehnt „das Zitatbüchlein“ von seinem ehemaligen Kommilitonen zurückhält, bemerkt dieser beziehungsweise, er habe es „an die Wand genagelt, damit ich immer vor Augen habe, wie leicht man sich drücken kann.“

Lernen, lernen und nochmals lernen

Unbegrenzt erscheint das Lernpensum, die Ideologie sowie die praktischen Erfahrungen eingeschlossen. Obwohl Lenins Aufforderung „Lernen, lernen, lernen“ im ganzen Filmverlauf niemals ausgesprochen wird, ist sie immer gegenwärtig. Hilde Tamm erblickt nach erfolgreichem Fernstudium die Perspektive weiteren Lernens: „Aber ich frag' mich oft, da ist doch noch mehr, was ich wissen möchte, ich weiß zwar nicht was, aber so kann es doch nicht aufhören.“ Was bei ihr eher gleichmäßig und beständig verläuft, ist bei Ernst Machner aufwühlend, ja führt bis zur Blockierung körperlicher Liebesfähigkeit. Als er bereits Leiter einer Volksschule geworden ist, gesteht er Hilde: „Aber in meinem Kopf ist keine Ordnung mehr. Ich kriege das Lernen nicht in den Griff. Es ist eine Unruhe in mein Leben gekommen, wie ich sie vorher nicht gekannt habe. Es ist wie ein Fluß ohne Ufer.“ Die Leitung des Neulehrerlehrgangs, die ihn verfrüht zum Schulrektor macht, und Schmeller, der ihn zu seinem Nachfolger heranzuziehen sucht, fordern von ihm ein Leben in der andauernden Folge von Widersprüchen zwischen Sollen und Können. Die Kaderpolitik des „demokratischen Zentralismus“ erlebt Machner heftig an sich selbst. Und entsprechend heftig schreit er seinen Protest mehrmals hinaus: „So kann man mit Menschen doch nicht umgehen.“ Die Partei kann doch! Ihr gehorchen zu lernen, gehört zu Ernst Machners Pensum, gehört zu seinen besten Jahren.

Freilich hat sich seit Beginn der sechziger Jahre durch die „wissenschaftlich-technische Revolution“ der Lernbedarf dramatisch erhöht; bedingt durch Automation und elektronische

Datenverarbeitung. „Alle 60 Sekunden wird irgendetwas erfunden oder entdeckt; unsere Schüler müßten platzen vor Neugier und Ungeduld. Aber was machen wir mit ihnen? Wir pinnen auf tuchbespannten Brettern Mitteilungen darüber auf, wer das meiste Altpapier gesammelt hat oder verteilen Fähnchen für das Sauberhalten von Gartenwegen.“ Das hält der Kybernetiker seinem früheren Kommilitonen vor. Auf diesen Einwurf reagiert Ernst Machner sehr zurückhaltend und verweist auf das Erreichte: „Na schön, die Zeit fliegt. Aber der Mensch wächst - und zwar mühselig. Wir müssen behutsam sein, verstehst Du?“ Was jedoch sein für die Kybernetik entflammter Gesprächspartner will, und das anscheinend ganz den Zielvorgaben der Partei entsprechend, ist das Erreichbare: „Wir werden dieses ganze Land mal durchrechnen, von oben nach unten und von rechts nach links. Weißt Du, was wir brauchen, sind weniger Feierstunden, dafür mehr Rechenstunden.“ Die Filmhandlung scheint nicht ausschließen zu wollen, daß Machners Weg pädagogischer Behutsamkeit der realistischere und vernünftige ist, das Erreichbare auch tatsächlich zu erreichen.

Fortschritt und persönliches Glück

Beruhet Machners Zurückhaltung auf dem Gefühl, daß nicht nur er, der wirklich Lernwillige, und seine Schüler getrieben werden von der Politik des sozialistischen Fortschritts, sondern die ganze Gesellschaft der DDR? Seine Erfahrung geht dahin, daß die Partei gegen den persönlichen Widerstand und Protest mit den Menschen so umgeht, wie sie es für nötig hält. Und noch mehr: Als ihr Mitglied ist er, ihren Anordnungen pflichtgemäß gehorchend, mit Menschen entsprechend umgegangen. Was politisch erreicht werden sollte, ist ihm in seinen Wirkungskreisen gelungen: die Überwindung der bürgerlichen Reformpädagogik in der Volksschule der Nachkriegsjahre und die Ausschaltung der Einflüsse des Klassenfeindes in dem anschließend von ihm geleiteten Gymnasium. Dabei ist Ernst Machner aus dem Räderwerk des Überfordertseins nicht herausgekommen. Als Schmeller ihn, den „siegreichen“ Direktor, mit einem Orden ausgezeichnet hat, meldet sich in ihm die Frage nach dem persönlichen Glück.

Scheinbar ist Ernst Machner auf gutem Weg, mit der jungen Kollegin Bettina glücklich zu werden. Das paßt in die Atmosphäre des Schulfestes. Doch der Geehrte zieht sich schließlich vor den anderen zurück. Er taucht in die Dunkelheit eines als Abstellraum genutzten Schulzimmers, läßt sich nieder, trinkt aus einer Bierflasche, sinniert. Zu der Stimmung von Niedergedrücktheit und Alleinsein tragen Elemente dissonanter Musik bei. Als Bettina Ernst findet, bleibt gleichwohl die atmosphärische Tönung des Einsamseins erhalten. Von draußen dringt das Geräusch eines rechthaberischen Wortwechsels: „Es ist indiskutabel, daß ein Mann wie er die Medaille verliehen bekommt. Sehr richtig. Wenn auf Bezirksebene eine bestimmte Zahl Verdienstorden verliehen werden, steht unserm Kreis ein Orden zu.“ Nur zögernd geht Ernst auf Bettina ein: „Die Zeit vergeht, und wir vergessen zu leben. - Wovon werden unsere Herzen krank? Von dem Schlaf, den man nicht schläft. - Liebe, die nicht glückt. Angst. Auch Angst, daß Liebe wieder nicht glückt.“ Der gesellschaftliche Fortschritt, so läßt sich mutmaßen, bringt nicht das Glück des Menschen hervor. Bereitet er wenigstens dessen Bedingungen? Der für diesen Fortschritt rastlos schaffende Mensch scheint gerade dabei Schaden zu nehmen. Läßt er ihm - wie in dieser Szene - Lücken, in denen er sein Glück suchen kann? Bettina und Ernst finden sich, doch die eingespielten dissonanten Klangelemente beenden die Begegnung.



bei uns finden sie zeit.
zeit zum suchen,
zeit für ihr neues bild,
den rahmen.
zeit für ein gespräch.
zeit für kunst.
zeit für sie.

galerie beratung rahmung

kunststück.

Industriestraße 1 (Alte Fleiwa) • Oldenburg • 0441- 7 78 02 21



Das ABC wenn es um Gestaltung geht

R U N D S A T Z
G E S T A L T U N G
K O N V E R T I E R U N G
B E L I C H T U N G S S E R V I C E
S C A N N A R B E I T E N

B E H R E N S S A T Z U N D W E R B U N G
P O S T H A L T E R W E G 1 B - 2 9 0 0 O L D E N B U R G - T E L E F O N (0 4 4 1) 7 7 6 0 6 1



Leninist Schmeller (rechts, gespielt von Herwart Grosse): „Wer soll's machen, wenn nicht wir!“

So sieht die Revolution aus, wenn man sie gewonnen hat“, philosophiert Leninist Schmeller und fährt fort: „Bestimmte Dinge müssen zu einer gewissen Zeit gemacht werden. Wer soll's machen, wenn nicht wir.“ Kränkelnd und an seine Nachfolge im Ministerium denkend, prägt er seinem in der Hierarchie weiter aufsteigenden Schüler Machner ein, sich nicht zu sperren, wenn es soweit sein wird. Das tut Schmeller, obwohl Machner gerade in wachsenden Neubausiedlungen die Leitung eines schulischen Großprojekts übernehmen muß. Ein pflichtbewußter, wenngleich sich stets überfordert fühlender Kader wie Machner wird vor der Aufgabe nicht zurückweichen können. Dann soll er das auch gar nicht erst versuchen.

Als der Schüler, unzufrieden mit eigenen Entwürfen für Lehrpläne, diese zurückziehen will und den Mentor bedrängt, ihn „doch endlich mal in Ruhe arbeiten“ zu lassen, kontert der: „Ja, hätten wir Dich gänzlich in Ruhe gelassen, wärest Du ein Ia-Tuchweber geworden.“ Das sagt der Repräsentant einer sich als marxistisch-leninistische Arbeiterpartei verstehenden politischen Bewegung. Schmeller macht mit seiner Beurteilung von Machners Aufgabe fast nebenbei deutlich, wie gering die Bedeutung von Arbeitern geworden ist gegenüber geeigneten Kadern aus der jetzt dringend benötigten Schicht der Intelligenz.

Schmellers Disput mit Machner spielt sich ab am Rande eines Flugfeldes. Dem Freund, der soeben noch ein Medikament genommen und kurz seinen angegriffenen Gesundheitszustand erwähnt hat, winkt Machner zu und bleibt zurück. Deutlich hat er gehört: „Bei Dir in der Gegend - eine Wohnstadt. - Drei Schulen eingeplant. - Wir werden ein rundes Dutzend bauen müssen. Jede dritte Schule eine Versuchsschule. - Du wirst den ganzen Komplex übernehmen.“

Als Bettina und Ernst ihr Heim in einem Hochhaus der weitläufigen Neubausiedlung beziehen, steigert sich die Dramatik des Films zum Ende hin. Vor dem Haus hält ein Kraftwagen; ein Kurier überbringt eine schriftliche Nachricht, die Machner zu einer anderen Aufgabe nach Berlin ruft. Während draußen der Kurier wartet, fallen Bettina und er in eine Stimmung, die eigenartig gemischt ist aus Resignation und einer gewollt ironischen Heiterkeit. Als wüßten sie sich nicht anders zu helfen, rezitieren beide Machners Protestworte wie eine Parodie auf ihre Situation: „So kann man mit Menschen doch nicht umgehen“.

Die letzte Szene. Auf einem Parkplatz vor hohen, einförmigen Gebäuden hält ein Fahrzeug, dem Machner entsteigt.

Kurz darauf wird er gerufen: „Hallo, Ernst!“ Ein zufälliges Wiedersehen. Sein früherer Stellvertreter hat ihn wiedererkannt. Freudige Erinnerung. Rasch wird sie durch einen kurzen Austausch gedämpft. Der nicht aufgestiegene, an der Volksschule verbliebene Kollege beklagt den „ewigen Krach mit dem Schulrat“ und resümiert: „Dunkle Punkte halten sich.“ Auf seine Frage: „Hast Du schon einen Orden?“ kommt es von Ernst wie aus der Pistole geschossen zurück: „Einen Herzmuskelschaden!“. Ebenso rasch, als wolle er die bittere Antwort parodieren, setzt der Angeredete eins drauf: „Immer kühn voran. Der Weg zum Infarkt ist mit Kühnheit gepflastert.“

Machner, anscheinend auf dem Weg in das Ministerium zur Sitzung einer Lehrplan-Kommission, will sich Zeit nehmen und den Kollegen an der früheren Wirkungsstätte besuchen. Dieser bleibt zurück, blickt ihm nach, beide winken sich zu. Der Szenenausschnitt erinnert deutlich an den Abschied Machners von Schmeller auf dem Flugfeld. Beide Kamerapositionen ähneln einander. Die gleichzeitigen musikalischen Takte, zumal zum Ende der Szene hin, enthalten eine melancholische Einfärbung. Wer wird, da die Zeit und die Jahre vergehen, wen wiedersehen oder nicht mehr wiedersehen? Die Generationen wechseln unter den Kadern in Partei, Regierung und Staat. Mit Ernst Machners Schritten in Richtung auf das Gebäude des Ministeriums wird es deutlich. Mit dem, der ihm nachblickt, bleibt einer der Regierten von gestern und morgen, auf seinen Schultern die Last des Regiertwerdens. Freilich, der Aufsteiger, wie ihn der Mitstreiter aus ersten Berufsjahren jetzt erlebt, trägt an dem nicht geringen Gepäck seines ganz persönlichen Lebens.

Resümee

Die besten Jahre“ von Günther Rucker werden vor allem aus den entbehrungsreichen, harten Jahren in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR heraus gestaltet. Sind diese Jahre so etwas wie die Goldgräberjahre der DDR? Der Film vermenschlicht diese Ära durch die handelnden Personen, ihre Verlässlichkeit, redliche Wesensart und echten Gefühle. Während von Militäradministration und Roter Armee bis auf eine kurze Demontageszene nichts zu bemerken ist, scheint bereits zu Beginn der politisch entscheidende Faktor die Partei zu sein. Ihr kommen die menschlichen Charakterzüge der Hauptfiguren zugute. Soweit hierzu Fürsorge und Hilfsbereitschaft oder Dienst für die Gemeinschaft gehören, haben die Angehörigen der Partei gerade daran ihren deutlichen, wenngleich unaufdringlichen Anteil. Ihre Fahnen, Embleme und Mitgliedsabzeichen scheinen überflüssig, ihre Lieder und Märsche ertönen nicht. Nicht selten besitzen die Gespräche zwischen ihnen eine gewisse Intimität. Das Moment des Einsatzes für die Gesamtheit wird, obwohl es dem Ansehen der Partei zu dienen hat, von Machners kräftezehrender Arbeit belebt und verstärkt. Den miterlebenden Bürgern der DDR bietet der Film 1965 eine ganze Gruppe filmischer Handlungspersonen zur Identifikation an.

Bei der Konkurrenzlosigkeit der Leninistischen Partei kann ein ebenbürtiger Gegner nicht vorgesehen werden. Er müßte aus dem „bürgerlichen Lager“ kommen, und er könnte der mögliche Feind sein. Machners Vorgänger als Volksschulleiter ist noch im Alter begeisterter Reformpädagoge. Seine Knabenhandfertigungslehre und sein „sozialer Idealismus“ nehmen sich jedoch politikfern und antiquiert aus. Im Kollegium des Gymnasiums tritt Machner der Geschichtslehrer Klein mit einem aus sozialer Überheblichkeit herrührenden Ressentiment gegenüber. Klein läßt ihn seine akademische Bildung spüren, weicht aber einer politischen Auseinandersetzung durch Fortgehen in den Westen aus. Offenbar kennt der Film zwischen den feindlichen

ideologischen Lagern keine Waffengleichheit. Den beiden Kontrahenten Machners belassen die Drehbuchautoren indes das persönliche Format, dem reformpädagogisch geprägten Manne sogar die Achtbarkeit seines Empfindens für die Individualität der zu erziehenden Kinder.

Beim ersten Hinsehen scheint die Filmhandlung den Rahmen dessen zu füllen, was ohne besondere ideologische Komplikationen möglich ist. Aus den entscheidenden Ereignissen der beiden Nachkriegsjahrzehnte streift sie allerdings nicht den Zusammenschluß zur Einheitspartei 1946, die Staatsgründung 1949, die den Aufbau des Sozialismus beschließende Zweite Parteikonferenz 1952 oder den Arbeiteraufstand im Juni 1953. Durch Anspielungen auf den Stalinismus wird eine tiefgreifende Veränderung - wie die Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typs“ 1948 - indirekt angedeutet. Andererseits sorgt sie mit der Person Schmellers von Beginn an für ideologische Klarheit im Sinne des Leninismus. Aspekte, gerichtet auf die Sozialdemokratie oder auf Blockparteien, sind nicht auszumachen. An die Fluchtbewegung bis 1961 erinnert indirekt der Gymnasiallehrer, der sich in den Westen absetzt. Schwer verständliche Philosophensätze einer Radiosendung aus Westdeutschland sind das einzige, was von dort hörbar wird. Das in der Politik der Partei gewichtige Thema der Einheit Deutschlands ist keines im Film. Mit dem in den Schlußszenen eindrucksvoll betonten Wohnungsbau wird anscheinend die Gegenwart, die Zeit nach Errichtung der Mauer, Element des Geschehens. Ausschnitthaft gelangt auf diese Weise die sich seit 1962 stabilisierende DDR ins Bild.

Bei genauerer Betrachtung sind Nuancen und Differenzierungen erkennbar, überlegte Kameraeinstellungen und Tonarrangements, szenische Detailgenauigkeit und einfühlsame Mitarbeit der Schauspieler, feine Anspielungen und ironische Pointen, deutlich Frage- oder Ausrufungszeichen. Mit der Biographie des menschlichen und zugleich redlichen „Parteisoldaten“ Ernst Machner, der verdienntermaßen zu höheren Rängen aufsteigt, wird Gleichnishaftes subtil entfaltet über die revolutionäre Partei, die ihre Kader sowohl erzeugt als auch vernutzt. Günther Rucker und Co-Autor Peter Krause müssen hierbei die Systemeinbindung ihres Filmprojekts beachten. Sie können den Weg einer politischen Wertevielfalt nicht gehen, folglich stellen sie die politische Legitimation der Partei nicht in Frage. Dafür bürgen ihre positiven Helden. Doch gerade durch deren Handeln vermitteln die Verfasser des Drehbuchs ebenfalls ihre kritische Sicht.

Um die von der revolutionären Partei gesetzten Ziele erreichen zu können, so lassen die Autoren deutlich werden, sind Anstrengungen historischen Ausmaßes notwendig. Da die Macht der Partei grundsätzlich unbestritten bleibt, kann sie den Regierten Überanstrengungen sogar dauerhaft zumuten. Ihre Zielversessenheit und das Recht der Führung, den unteren Organen Aufträge erteilen zu dürfen, verleitet sie dazu, den Einzelwillen und dessen Vernunft brutal zu mißachten. Was die Partei für Arbeit und Lernen, Gehorchen und Loyalsein bietet, ist weitgehend nicht so beschaffen, daß es Einbußen an Gesundheit und an Möglichkeiten des Strebens nach individuellem Glück und Entfaltung aufwiegt. An dem Aufstieg Machners wird im Gegenteil exemplarisch deutlich, daß das von der Partei eingeforderte politische Engagement private Glücksdefizite nicht kompensieren kann. Indem Machner seine ursprünglichen Intentionen revidiert und trotz Aufbegehrens die Anforderungen der Partei nach und nach verinnerlicht, entspricht er einerseits zwar dem postulierten sozialistischen Persönlichkeitsideal in allen wesentlichen Punkten, aber durch diesen ruhelosen Einsatz zum Wohle der Partei gelangt er andererseits nicht zu sich selbst, zu einem Leben voll Glück und Zufriedenheit. Er erleidet parado-

xerweise diejenige Freiheit, von der Marxisten sagen, daß sie die „Einsicht in die Notwendigkeit“ ist. Letztlich wird Machner hintergründig zu einer tragischen Figur, weil sein Bestreben, das Beste für den (von der Partei festgelegten) gesellschaftlichen Fortschritt zu tun, nicht zu seinem eigenen Besten ist, und für ihn keine Aussicht besteht, daran etwas zu ändern. Gleichwohl hat der Mensch einen Anspruch darauf, daß mit ihm pfleglich umgegangen wird. Insofern kann er der Sprache des politischen Zweckoptimismus mit distanzierter Ironie oder mit Skepsis begegnen.

Die Autoren teilen mit ihrem Film in der DDR von 1965 ihre Kritik verständlich mit. Zu Erfahrung und Umgang mit der Partei haben sie einige Kernsätze einprägsam formuliert: „So kann man mit Menschen doch nicht umgehen!“ - „Das ist doch Wahnsinn!“, „Das ist ein Beschluß, mein Lieber! Noch was?“ - „Immer kühn voran! Der Weg zum Infarkt ist mit Kühnheit gepflastert!“ (dieser Satz findet sich in der Schlußszene). Was mochte die innere Zensur bewogen haben, den Verfassern solche Kritik durchgehen zu lassen? Für 1965, zwölf Jahre nach dem Aufstand der Arbeiter und vier Jahre nach dem Bau der Mauer, könnte plausibel sein, daß die Verantwortlichen ihre Partei für stark genug hielten, die Kritik an der Praxis des „demokratischen Zentralismus“ übergehen, wenn schon nicht ignorieren zu können. Wie freilich die Macht der Partei grundsätzlich erschüttert werden konnte, nämlich durch die Arbeiterklasse selbst, ist den Verfassern als Zeitgenossen der DDR im Juni 1953 unzweifelhaft auch noch 1965 bewußt gewesen.

Der rapide Machtverfall der leninistischen Partei der DDR im Herbst 1989 und der danach einsetzende deutsche Wiedervereinigungsprozeß könnten bewirken, daß nunmehr bei Betrachtung von Rückers Film die interne Warnung des erfahrenen älteren Mitgliedes Schmeller vor Opportunismus, Beschränktheit und Unfähigkeit mit größerer Aufmerksamkeit als 1965 aufgenommen wird. Der Zusammenbruch der spezifisch leninistisch begründeten Macht von Partei und Staatsapparat stellt ohne Frage einen äußerst komplexen Vorgang dar. Gleichwohl wäre es im Rückblick auf das Entstehungsjahr des Films möglich, das Gleichnishaft und Freiheitsfeindliche des Umgangs mit Menschen in „Die besten Jahre“ wie ein Menetekel zu empfinden.

Die Autoren



Prof. Dr. Helmut Freiwald (65) ist Mitglied im Institut für Politikwissenschaft I. Moldenhauer, Fischer und Freiwald haben Schwerpunkte ihrer Tätigkeit in der DDR-Forschung und in der Deutschlandpolitik. Sie wirkten gemeinsam mit an interdisziplinären Untersuchungen zur Deutschen Frage in Schulbüchern, Richtlinien sowie Unterrichtsmaterialien und beschäftigen sich seit längerer Zeit mit den didaktischen Möglichkeiten von Spielfilmen, die in der DDR hergestellt worden sind. Die Verfasser setzen diese Arbeit fort.

Akad. Oberrat Gebhard Moldenhauer (52) gehört zum Institut für Politikwissenschaft II, Prof. Dr. Hans-Joachim Fischer (65) ist tätig am Institut für Erziehungswissenschaft I, Holger Neumann (24) studiert für das Handelslehramt u.a. Politikwissenschaft,

Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V.

Vortragsreihe

● 22. Dezember 1992
Prof. Dr. Wolfgang Günther und Prof. Dr. Heinrich Schmidt referieren über „Probleme moderner Stadtgeschichtsschreibung am Beispiel Oldenburg“. Abweichend vom bisherigen Veranstaltungsort werden künftig die Veranstaltungen im Landesmuseum beziehungsweise in einer Oldenburger Bank stattfinden. Veranstaltungsort wird in der örtlichen Presse bekanntgegeben.

Aus der Arbeit der Universitätsgesellschaft

● Die Mitgliederzahl der Universitätsgesellschaft steigt kontinuierlich an. Am 1. Juli 1992 waren 320 Personen Mitglieder.
● Für den Wachsmann-Preis 1992 sind acht Arbeiten eingereicht worden. Die Entscheidung über den Preis wird im Oktober getroffen. Die Wachsmann-Preis-Verleihung findet am 26. November 1992 statt.
● Die Struktur der Vortragsreihe soll geändert werden. Vorgeschlagen wird, auch auswärtige Referenten einzuladen. Neben der bisherigen Vorstellung der Forschungs- und Lehrtätigkeit der einzelnen Fachbereiche der Universität sollen auch aktuelle Themen behandelt werden.

Spenden der Universitätsgesellschaft

Auf seiner Sitzung im Juli 1992 hat der Vorstand der Universitätsgesellschaft über folgende Spendenanträge positiv entschieden:

- Dr. Hermann Voegen für einen Druckkostenzuschuß für das Projekt „Kirchenkampf in Wiefels“ im Rahmen des Modellversuches Kultur und Region.
- Dr. Irene Witte für die Herausgabe eines Tagungsbandes über eine Biozid-Fachtagung an der Universität.
- Prof. Dr. Kurt Schminke für die Durchführung der Sommerakademie für systematische Zoologie.

Sollten Sie Interesse an weiteren Informationen über die Universitätsgesellschaft haben oder selber aktiv an der Förderung der Universität und damit auch der Region teilhaben wollen, wenden Sie sich bitte an: Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V., Postfach 4901, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/2226-201.

Universitätsgesellschaft erfolgreich

Von Seiten der Wirtschaft ist die Arbeit der Universitätsgesellschaft als erfolgreich bewertet worden. Sie habe nicht nur durch ihre kontinuierliche Tätigkeit zur Akzeptanz der Hochschule in der Bevölkerung beigetragen, sondern auch durch die Förderung von unternehmensnahen praktischen Projekten die Tür zur Wirtschaft geöffnet. Viele mittelständische Betriebe unterhielten heute regelmäßige Kontakte zur Universität.

Zahlreiche Forschungsprojekte seien durch Unternehmen angeregt worden. Über Lehraufträge von Führungskräften aus der Wirtschaft sei der praktische Bezug in der Lehre verstärkt worden. Universitätsgesellschaft und Wirtschaft wollen auch künftig eng kooperieren. Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer, die den Aufbau der Universität von Anfang an begleitet hat, wird auch weiterhin die Universitäts-

gesellschaft in ihrem Bemühen um Verständigung und Förderung von Forschung und Lehre unterstützen und ihr Haus für Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Die Wirtschaft erwartet im Hinblick auf den kommenden gemeinsamen Europäischen Markt, daß Universität und Stadt Oldenburg sich einzeln und zusammen noch stärker als bisher als geistiges gesellschaftliches Zentrum der Region profilieren.

Notizen aus der Universität

● Die geplanten Ingenieurwissenschaften nehmen Konturen an. Nachdem die vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur eingesetzte Expertenkommission ein positives Votum abgegeben hatte, faßte die Landesregierung im Juni 1992 einen Beschluß zur Errichtung eines ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichs mit dem Lehr- und Forschungsgebiet Elektrotechnik und den Studiennrichtungen Meß- und Regelungstechnik sowie Energietechnik. Die gesetzlich vorgesehene Aufbaukommission wird in Kürze ihre Arbeit aufnehmen.
● Ebenso wie der wiedergewählte Universitätspräsident Prof. Dr. Michael Daxner haben die beiden Vizepräsidenten Prof. Dr. Peter Singer und Prof. Apostolos Kutsupis am 1. Oktober 1992 ihr Amt angetreten. Für Singer ist es die zweite Amtsperiode, während Kutsupis den bisherigen Vizepräsidenten Prof. Dr. Thomas Blanke ablöst.
● Verschiedene universitäre Gremien befassen sich derzeit mit Auswirkungen und Folgen einer möglichen Teilnahme der Universität am Modellversuch „Globalhaushalt“. Der Modellversuch, an dem sich drei niedersächsischen Hochschulen ab 1994 beteiligen sollen, beinhaltet, daß der Universität Finanzmittel für Sach- und Personalausgaben (mit Ausnahme der Beamtenstellen) vom Land jährlich „global“ zur Verfügung gestellt werden.
● Zwei neue Institute sollen der Region Impulse verleihen: FORUM (Forschungsinstitut Region und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg GmbH) will Grundlagen- und Anwendungsforschung, Wissenschaftstransfer sowie Dokumentation und Information auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung für öffentliche und private Institutionen leisten; ITAP (Institut für Technische und Angewandte Physik), eine Einrichtung von Universität und Fachhochschule Oldenburg, soll mit auftragsgebundener Forschung und Entwicklung sowie

wissenschaftlich-technischer Dienstleistung der Beratung und Unterstützung von Firmen, Institutionen und Kommunen dienen.
● Konfliktberatung und Konfliktmanagement in umwelt- und technologiepolitischen Auseinandersetzungen bietet „MEDIATOR - Zentrum für Umweltkonfliktforschung und -management“ an. Die neu gegründete Einrichtung, die an das Institut für Öffentliche Planung am Fachbereich Sozialwissenschaften angegliedert ist, bietet ihre Dienste öffentlichen Einrichtungen, privaten Instituten, Unternehmen und Gruppen an.
● Mit einem Betrag von 5,2 Mio. DM - verteilt auf fünf Jahre - fördert das Land Niedersachsen die interdisziplinäre Sozialforschung an den Universitäten Oldenburg und Hannover. Die beiden Hochschulen haben zur Koordination und Kooperation auf diesem Gebiet einen Forschungsverbund gegründet.
● Die Radioaktivitätsmeßstelle am Fachbereich Physik wird ihre Aktivitäten und Serviceleistungen erheblich ausweiten. Für die Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung hat das niedersächsische Umweltministerium 1,2 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Künftig werden auch Luftschadstoffe wie Ozon und Stickoxide und Belastungen durch elektromagnetische Felder gemessen werden können. Vorgesehen ist der Aufbau eines mobilen Meßsystems, mit dem Messungen vor Ort durchgeführt werden können.
● Der Fachbereich Chemie ist auf Empfehlung der DFG vom Land Niedersachsen mit einem neuen Spektrometer ausgestattet worden (Kosten 1,1 Mio. DM). Es handelt sich um ein analytisches Gerät, das für Routineaufgaben und zur Forschung eingesetzt wird.
● Auf bundesweite Resonanz stößt der „Informationsdienst Pestizide und Gesundheit“, der am Fachbereich Biologie eingerichtet wurde. Hintergrund ist die steigende Gesundheitsbelastung durch Biozide aller Art.

LzO



DER KÜRZESTE WEG ZU DEN BÖRSEN DER WELT

...führt über die LzO. Egal, ob Sie Ihr Geld in Aktien, Investmentfonds oder anderen Wertpapieren im In- oder Ausland anlegen

wollen. Investieren Sie die Zeit für ein Gespräch mit unseren Wertpapier-spezialisten, denn Geldanlagen ist Vertrauenssache.



Landessparkasse zu Oldenburg
Die Erste im Oldenburger Land

Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

BSB Frankfurt



Neue Wege zum Erfolg.

Das ist das genossenschaftliche Prinzip: die Ziele für Ihre geschäftliche Finanzplanung oder für Ihren privaten Vermögensaufbau in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen.

Die norddeutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind dabei Ihre kompetenten Partner: Durch ihr zentrales Institut, die DG BANK, sind sie mit den Finanzzentren in aller Welt

und mit hochspezialisierten Expertenteams direkt verbunden.

So können die norddeutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken dem mittelständischen Unternehmer neue Exportmärkte öffnen, interessante Finanzierungsquellen erschließen und spezielle Wege zur Liquiditätsverbesserung zeigen. Dem privaten Kapitalanleger bieten sie

intelligente Möglichkeiten für eine Vermögensplanung nach Maß. Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

DG BANK Oldenburg,
Raiffeisenstraße 22/23,
2900 Oldenburg,
Telefon (04 41) 22 26-0.

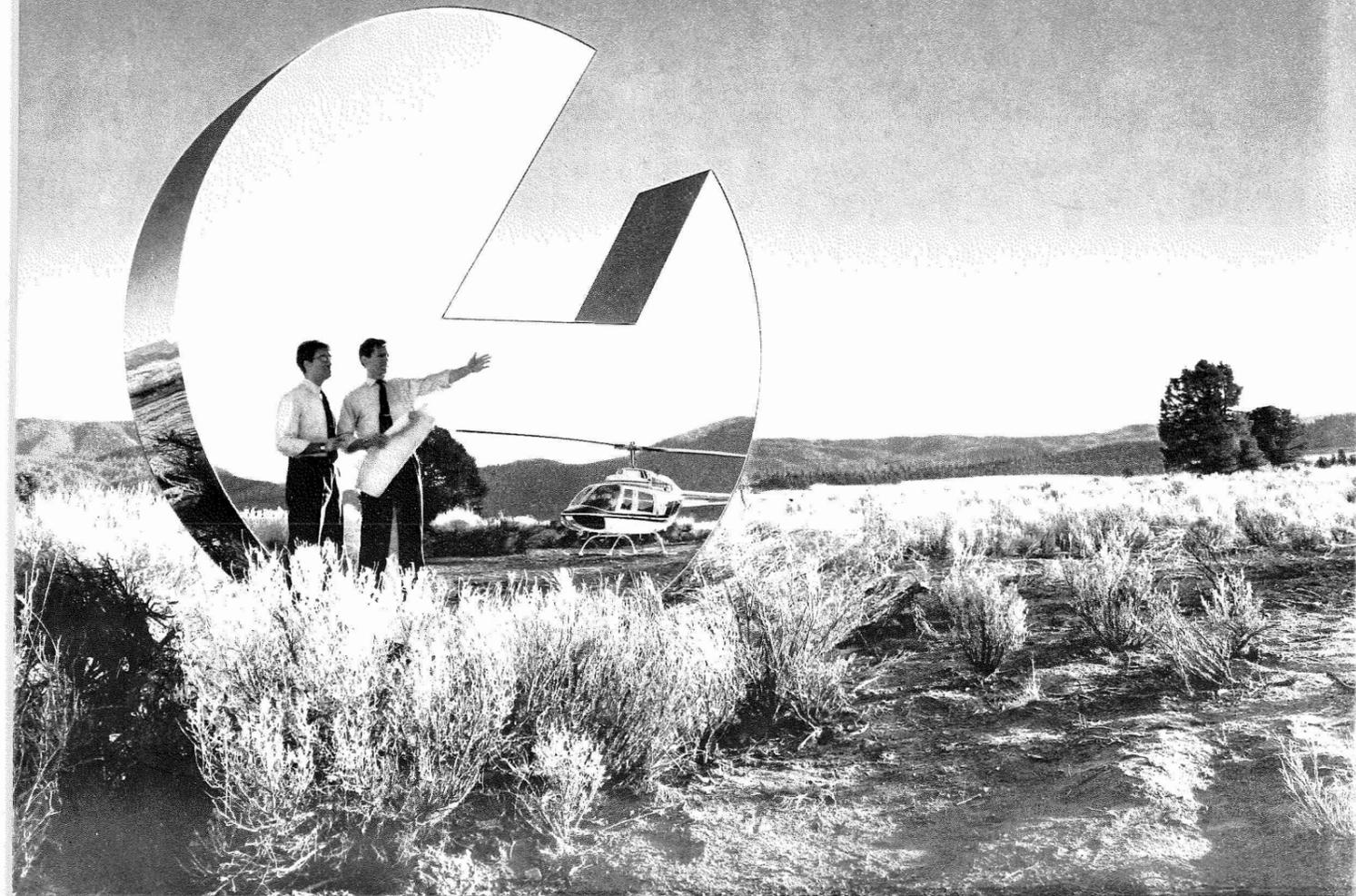


Im FinanzVerbund der Volksbanken Raiffeisenbanken.

DG BANK 
Deutsche Genossenschaftsbank

Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

BSB Frankfurt



Neue Wege zum Erfolg.

Das ist das genossenschaftliche Prinzip: die Ziele für Ihre geschäftliche Finanzplanung oder für Ihren privaten Vermögensaufbau in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen.

Die norddeutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind dabei Ihre kompetenten Partner: Durch ihr zentrales Institut, die DG BANK, sind sie mit den Finanzzentren in aller Welt

und mit hochspezialisierten Expertenteams direkt verbunden.

So können die norddeutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken dem mittelständischen Unternehmer neue Exportmärkte öffnen, interessante Finanzierungsquellen erschließen und spezielle Wege zur Liquiditätsverbesserung zeigen. Dem privaten Kapitalanleger bieten sie

intelligente Möglichkeiten für eine Vermögensplanung nach Maß. Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

DG BANK Oldenburg,
Raiffeisenstraße 22/23,
2900 Oldenburg,
Telefon (04 41) 22 26-0.



Im FinanzVerbund der Volksbanken Raiffeisenbanken.

DG BANK 
Deutsche Genossenschaftsbank